

**PERIODISCHE REVISION DER BETEILIGUNGEN**  
**Analyse der gesamten Struktur der Gesellschaften, bei**  
**denen die Körperschaft direkte oder indirekt kontrollierte**  
**Beteiligungen besitzt**  
**(ART. 1, Abs. 5/bis L.G. 12/2007)**

## **INHALTSVERZEICHNIS**

- 01. ANAGRAPHISCHE ANGABEN**
- 02. BESTANDSAUFNAHME DER BETEILIGTEN GESELLSCHAFTEN**
  - 02.01. Bestandsaufnahme der direkt beteiligten Gesellschaften
  - 02.02. Bestandsaufnahme der indirekt kontrollierten Gesellschaften (Art. 1 Abs. 5/bis & 9 LG 12/2007)
  - 02.03. Graphische Darstellung der Verhältnisse zwischen den Beteiligungen
- 03. VORAUSSETZUNGEN**
  - 03.01. Verfolgte Zwecke und zulässige Tätigkeiten (Art. 1 Abs. 4, 4/bis und 4/ter LG 12/2007)
  - 03.02. Voraussetzungen Art. 1 Abs. 5/bis LG 12/2007
- 04. BEIBEHALTUNG OHNE RATIONALISIERUNGSMABNAHMEN**
- 05. RATIONALISIERUNGSMABNAHMEN**
  - 05.01. Kosteneindämmung
  - 05.02. Abtretung/Verkauf Quoten
  - 05.03. Liquidation
  - 05.04. Verschmelzung/Aufnahme
  - 05.05. Zusammenfassung
- 06. AUFLISTUNG BEGRÜNDUNGEN**

**RICHTLINIEN FÜR DIE BESTANDSAUFNAHMEN UND DIE RATIONALISIERUNGSPÄNE  
DER VON ÖRTLICHEN KÖRPERSCHAFTEN BETEILIGTEN EINRICHTUNGEN  
(ART. 1 ABS. 5-BIS LG 12/2007)**

**01. ANAGRAPHISCHE ANGABEN**

Typologie Körperschaft:

Bezeichnung Körperschaft:

St.Nr. der Körperschaft:

Die Körperschaft hat bereits den operativen Plan zur Rationalisierung i.S. des LG 12/2007 verabschiedet (wobei die Maßnahme über die außerordentliche Revision des Jahres 2017 - Art. 1 Abs. 5 zit. LG - und die Revision für das Jahr 2021 - Art. 1 Abs. 5-bis zit. LG - eine Aktualisierung dieses Plans dargestellt haben)

Angaben des Referenten/Verantwortlichen für die Ausfüllung des Plans

Name:

Nachname:

**Anschriften:**

Adresse:

Telefon:

Fax:

E-Mail:

**02. BESTANDSAUFNAHME DER BETEILIGTEN GESELLSCHAFTEN**

02.01. Bestandsaufnahme der direkt beteiligten Gesellschaften

Fortsetzungs-Nr.	St.Nr. Gesellschaft	Bezeichnung Gesellschaft	Gründungsjahr	Status	Jahr der Einleitung des Verfahrens	% Beteiligungsquote	durchgeführte Tätigkeit	Kontrollbetriebl.	In house-Gesellschaft	börsennotierte Gesellschaft (gemäß LG 12/2007)	reine Holding
A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L
Dir_1	02858310218	Alpenia AG	2014	aktiv	/	21,00	Holdinggesellschaft mit Bezug auf Produktion, Verteilung, Absatz und Verkauf von Strom aus jeder Quelle produziert	NEIN	NEIN	JA	NEIN
Dir_2	02805390214	Südtiroler Einzugsdienste AG	2013	aktiv	/	4,10	Unternehmen für die Eintreibung von Steuern	NEIN	JA	NEIN	NEIN
Dir_3	02557540214	Areal Bozen GmbH	2007	aktiv	/	50,00	Ausarbeitung eines Planes zur Gesamtgestaltung des Bahnhofgeländes Bozen	NEIN	NEIN	NEIN	NEIN
Dir_4	00210880225	Brennerautobahn AG	1959	aktiv	/	4,23	Führung der Autobahn Brennero - Verona - Modena	NEIN	NEIN	NEIN	NEIN
Dir_5	0262940223	Banca Popolare Etica Gen AG	1995	aktiv	/	0,0032	Annahme von Sparanlagen und Ausübung von Kreditaktivitäten	NEIN	NEIN	NEIN	NEIN
Dir_6	94004440213 00730310210	Südtiroler Gemeindevorband Genossenschaft	1954	aktiv	/	0,813	beratende und betreuende Tätigkeit für die Gemeinden der Provinz Bozen und die Bezirksgemeinschaften	NEIN	NEIN	NEIN	NEIN
Dir_7	01531480216	Eco Center AG	1994	aktiv	/	43,86	Bau, An- und Verkauf, Instandhaltung und Verwaltung von Anlagen und Dienstleistungen auf dem Gebiet des Umweltschutzes, sowie jede andere Initiative die einen wirksamen Umweltschutz zum Ziel hat	NEIN	JA	NEIN	NEIN
Dir_8	00098110216	Messe Bozen AG	1952	aktiv	/	4,63	Betrieb eines Ausstellungs-, Kongress- und Messesaalraums und von Dienstleistungen zur Förderung der Vermarktung von Gütern und Dienstleistungen auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene	NEIN	NEIN	NEIN	NEIN
Dir_9	00425000213	Kohlierebahn GmbH	1919	aktiv	/	100,00	Führung der Seilbahnanlage	JA	NEIN	NEIN	NEIN
Dir_10	00359210218	SASA - Städtischer Autobus Service AG	1974	aktiv	/	6,33	Öffentlicher Personenverkehr im städtischen und außerstädtischen Bereich	NEIN	JA	NEIN	NEIN
Dir_11	02231010212	SEAB Energie- Umweltbetriebe Bozen AG	2000	aktiv	/	99,00	Tätigkeiten im Energie-, Umwelt-, Telematik- und Datenverarbeitungsbereich, einschließlich Müllabfuhr und -entsorgung	JA	JA	NEIN	NEIN
Dir_12	00123510224	Uniform AG	1970	aktiv	/	1,33	Großhandel mit Medikamenten und anderen rezeptfreien Apothekenartikeln	NEIN	NEIN	NEIN	NEIN

Die direkt beteiligten Gesellschaften (notiert und nicht notiert) sind immer Gegenstand der Bestandsaufnahme, auch wenn sie von der Körperschaft nicht kontrolliert werden.

Spalte B: Für die Gesellschaften mit Sitz in Italien den 11-stelligen Kodex eingeben; Kodex mit 11 Ziffern und hauptsächlichem Buchstaben "E" für die Gesellschaften mit Sitz im Ausland.

Spalte C: Die Gesellschaftsbezeichnung/Firma der Gesellschaft mit Angabe der Rechtsform anführen.

Spalte F: Das Jahr aus der Liste auswählen, nur falls in der Spalte "Status" eine der folgenden Optionen angeführt/ausgewählt worden ist: "cessata/eingestellt"; "sospesa/ausgesetzt"; "Sono in corso procedure concorsuali/es behängen Konkursverfahren"; "Sono in corso procedure di liquidazione volontaria o scioglimento/es laufen Verfahren zur freiwilligen Liquidation oder Auflösung".

Spalte G: Die Werte inklusive Dezimalstellen einfügen.

Spalte H: Eine kurze Beschreibung der tatsächlich durchgeführten Tätigkeit/en einfügen.

Spalte I: Angeben ob für die von der Verwaltung gehaltene Beteiligung eine Kontrolle i.S. des Art. 2359 ZGB vorliegt

Spalte J: "JA" angeben, falls die Verwaltung die ähnliche Verwaltung (controllo analogo) oder mehrere Verwaltungen die gemeinsame ähnliche Verwaltung (controllo analogo congiunto) ausüben.

Spalte K: "JA" angeben, falls die Gesellschaft Aktien in börsennotierten Märkten ausgibt; falls sie an der Börse notierte Finanzinstrumente ausgegeben hat.

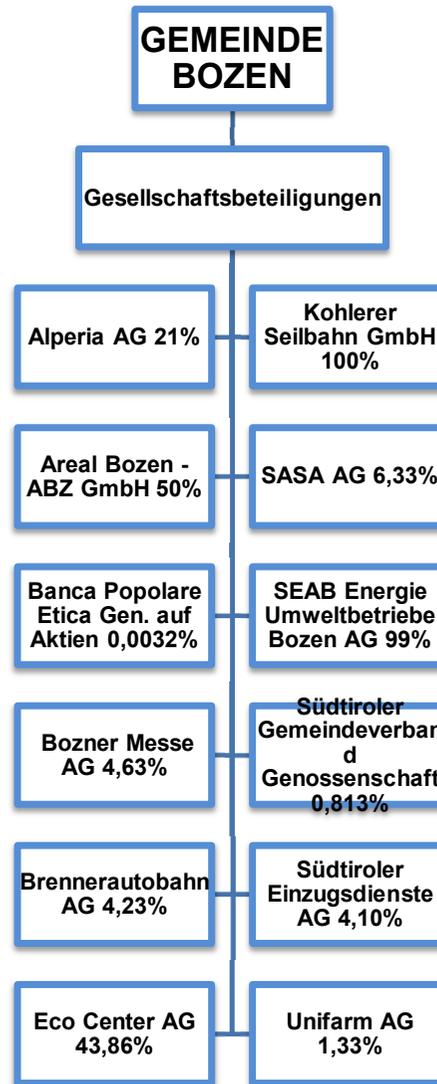
falls sie von börsennotierten Gesellschaften oder Gesellschaften, die an der Börse notierte Finanzinstrumente ausgegeben haben, beteiligt ist.

Spalte L: "JA" angeben falls die Gesellschaft als ausschließlichen Zweck die Verwaltung der Gesellschaftsbeteiligungen zu Gunsten der Verwaltung hat.



**02. BESTANDSAUFNAHME DER BETEILIGTEN GESELLSCHAFTEN**

02.03. Graphische Darstellung der Verhältnisse zwischen den Beteiligungen



### 03. VORAUSSETZUNGEN

03.01. Verfolgte Zwecke und zulässige Tätigkeiten (Art. 1 Abs. 4, 4/bis und 4/ter LG 12/2007)

<b>Fortlaufende Nr. beteil. Gesellschaft:</b>	Dir_1	<b>(a)</b>
<b>Bezeichnung der beteil. Gesellschaft:</b>	Alperia AG	<b>(b)</b>
<b>Art der Beteiligung:</b>	Direkte Beteiligung	<b>(c)</b>
<b>Durchgeführte Tätigkeit:</b>	Holdingsgesellschaft mit Bezug auf Produktion, Verteilung, Ankauf und Verkauf von Strom aus jeder Quelle produziert	<b>(d)</b>

#### Angeben ob die Gesellschaft:

- Sie ist eine besondere öffentlich beteiligte Gesellschaft
  - Sie hat als ausschließlichen Zweck die Verwaltung von europäischen Mitteln für den Staat oder die Regionen, bzw. die Umsetzung von Projekten im Bereich Forschung, die von den Institutionen der Europäischen Union finanziert werden (Art. 26, Abs. 2 GvD 175/2016)
  - Sie ist mit Beschluss gemäß Art. 4 Abs. 9, zweiter Satz, GvD 175/2016 vollständig oder teilweise von der Anwendung der Bestimmungen des besagten Artikels ausgeschlossen worden (**nur für die von der Autonomen Provinz beteiligten Gesellschaften**)
  - Sie ist Empfängerin von Maßnahmen gemäß GvD 159/2011 (Art. 26, Abs. 12-bis, GvD 175/2016)
  - Sie hat Ermächtigungen im Bereich Spielwesen (case da gioco), gemäß der geltenden Rechtsordnung (Art. 26, Abs. 12-sexies, GvD 175/2016)
- Falls keine der Optionen laut den obigen Punkten ausgewählt worden ist, angeben ob die Gesellschaft:**
- Gegründet ist in Umsetzung von Art. 34 der EU-Verordnung Nr. 13/2013 - Lokale Aktionsgruppen (Art. 4, Abs. 6, GvD 175/2016)
  - Als vorwiegenden Gesellschaftszweck die Führung von Messeflächen und die Organisation von Messeevents hat (Art. 1 Abs. 4/bis Buchst. e LG 12/2007)
  - Als vorwiegenden Gesellschaftszweck die Realisierung und Führung von Seilbahnanlagen für die Mobilität im Bereich Tourismus und Sport in alpinem Gelände hat (Art. 1 Abs. 4/bis Buchst. e LG 12/2007)
  - Als vorwiegenden Gesellschaftszweck die Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Quellen hat (Art. 1, Abs. 4/bis, Buchst. e, LG 12/2007)
  - Eigenschaften eines universitären spin off's oder start up's hat, oder gleichwertige Eigenschaften wie jene von Forschungseinrichtungen, bzw. sie betreibt landwirtschaftliche Betriebe mit Lehrzwecken (Art. 4, Abs. 8 GvD 175/2016)
  - Eine Dienstleistung von allgemeinem Interesse im Bereich der Netze (gemäß Art. 3-bis des GD 138/2011) außerhalb des Einzugsgebietes der betroffenen Gemeinschaft erbringt, mittels Vergabe von sich in der Durchführungsphase befindenden und neuen Dienstleistungen durch öffentliche Vergabeverfahren (Art. 1 Abs. 4/ter, LG 12/2007; Art. 4, Abs. 9/bis GvD 175/2016)
  - Güter und Dienstleistungen, die zur Verfolgung des institutionellen Zweckes der Körperschaft unerlässlich sind, produziert (Art. 1 Abs. 4 LG 12/2007)
  - Dienstleistungen von allgemeinem Interesse herstellt (Art. 1 Abs. 4/bis Buchst. a LG 12/2007)
  - Projektiert, realisiert und führt ein öffentliches Bauwerk, auf der Grundlage einer Programmvereinbarung zwischen öffentlichen Verwaltungen oder organisiert und verwaltet einen Dienst von allgemeinem Interesse mittels Partnerschaftsabkommen im Sinne der geltenden Bestimmungen im Bereich der öffentlichen Verträge (Art. 1 Abs. 4/bis Buchst. b LG 12/2007)
  - Schafft bzw. erbringt Güter oder Hilfsdienste für die Körperschaft oder für die beteiligten öffentlichen Körperschaften (Art. 1 Abs. 4/bis Buchst. d LG 12/2007)
  - Führt Beschaffungsdienste durch (Art. 1 Abs. 4/bis Buchst. c LG 12/2007)
  - Optimiert die Verwendung des Immobilienvermögens der beteiligten Verwaltung (Art. 1 Abs. 4/ter LG 12/2007)

Die Begründungen hinsichtlich der Rückführbarkeit bzw. der Nicht-Rückführbarkeit auf die Zwecke laut Art. 1 LG 12/2007 Abs. 4 mit Bezug auf eine der Tätigkeiten laut Abs. 4/bis und 4/ter angeben:

Die Alperia AG wurde im Dezember 2015 gegründet und ist seit dem 1. Januar 2016 operativ. Sie ist aus der Fusion zwischen der Etschwerke AG und der Sel AG hervorgegangen. Die Fusion war eine Folge der Reform des Stromsektors in Südtirol, den die Autonome Provinz Bozen mit dem Art. 9 des L.G. Nr. 10 vom 23. Oktober 2014 eingeleitet hat. Mit dem Landesgesetz Nr. 10/2014 wurde das L.G. Nr. 14 vom 10. Oktober 1997 „Maßnahmen zur Durchführung des Dekretes des Präsidenten der Republik vom 26. März 1977, Nr. 235, über die Erzeugung und Verteilung von elektrischer Energie“ abgeändert. Die Autonome Provinz Bozen hat auf der Grundlage dieses Landesgesetzes die Gründung einer Gesellschaft vorangetrieben, an der die größten öffentlichen Körperschaften des Landes beteiligt sind. Es handelte sich um eine für Südtirol strategische Reform, mit dem Ziel, die Tätigkeit großer Wasserkraftwerke zu koordinieren und wirksam zu verwalten. Die Tätigkeit der Gesellschaft konzentriert sich auf die Verwaltung von öffentlichen Diensten mit wirtschaftlicher Bedeutung, und diese Tätigkeit zählt zu den zulässigen Tätigkeiten. Im Juni 2016 hat die Gesellschaft ein Programm für die Ausgabe von Obligationen auf dem regulierten Markt in Irland beschlossen.

(a): Eine fortlaufende Nr. die bereits im Arbeitsblatt "Bestandsaufnahme" angegeben wurde (02.01; 02.02).

(b): Die Bezeichnung der Gesellschaft angeben, wie sie bereits im Arbeitsblatt "Bestandsaufnahme" angegeben wurde (02.01; 02.02).

(c): Die Art der Beteiligung angeben, wobei zu unterscheiden ist, ob es sich um eine direkte Beteiligung, eine indirekte Beteiligung (über eine andere Gesellschaft/Einrichtung), oder aber um eine teils direkte und teils indirekte Beteiligung handelt.

(d): Die Tätigkeit angeben wie sie bereits im Arbeitsblatt "Bestandsaufnahme" angegeben wurde (02.01; 02.02).

**03. VORAUSSETZUNGEN**

03.01. Verfolgte Zwecke und zulässige Tätigkeiten (Art. 1 Abs. 4, 4/bis und 4/ter LG 12/2007)

<b>Fortlaufende Nr. beteil. Gesellschaft:</b>	Dir_2	<b>(a)</b>
<b>Bezeichnung der beteil. Gesellschaft:</b>	Südtiroler Einzugsdienste AG	<b>(b)</b>
<b>Art der Beteiligung:</b>	Direkte Beteiligung	<b>(c)</b>
<b>Durchgeführte Tätigkeit:</b>	Zu den Tätigkeiten dieser Gesellschaft zählt die Verwaltung der anvertrauten Steuergelder des Landes, die Zwangseintreibung von Einnahmen, technologische Dienstleistungen als Vermittler SPC (pagoPA) und für die Plattform IO und die Abwicklung der Verwaltungsverfahren, die verwaltungsrechtliche Verstöße gegen die Straßenverkehrsordnung betreffen	

**Angeben ob die Gesellschaft:**

- Sie ist eine besondere öffentlich beteiligte Gesellschaft
- Sie hat als ausschließlichen Zweck die Verwaltung von europäischen Mitteln für den Staat oder die Regionen, bzw. die Umsetzung von Projekten im Bereich Forschung, die von den Institutionen der Europäischen Union finanziert werden (Art. 26, Abs. 2 GvD 175/2016)
- Sie ist mit Beschluss gemäß Art. 4 Abs. 9, zweiter Satz, GvD 175/2016 vollständig oder teilweise von der Anwendung der Bestimmungen des besagten Artikels ausgeschlossen worden (**nur für die von der Autonomen Provinz beteiligten Gesellschaften**)
- Sie ist Empfängerin von Maßnahmen gemäß GvD 159/2011 (Art. 26, Abs. 12-bis, GvD 175/2016)
- Sie hat Ermächtigungen im Bereich Spielwesen (case da gioco), gemäß der geltenden Rechtsordnung (Art. 26, Abs. 12-sexies, GvD 175/2016)
- Falls keine der Optionen laut den obigen Punkten ausgewählt worden ist, angeben ob die Gesellschaft:**
- Gegründet ist in Umsetzung von Art. 34 der EU-Verordnung Nr. 13/2013 - Lokale Aktionsgruppen (Art. 4, Abs. 6, GvD 175/2016)
- Als vorwiegenden Gesellschaftszweck die Führung von Messeflächen und die Organisation von Messeevents hat (Art. 1 Abs. 4/bis Buchst. e LG 12/2007)
- Als vorwiegenden Gesellschaftszweck die Realisierung und Führung von Seilbahnanlagen für die Mobilität im Bereich Tourismus und Sport in alpinem Gelände hat (Art. 1 Abs. 4/bis Buchst. e LG 12/2007)
- Als vorwiegenden Gesellschaftszweck die Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Quellen hat (Art. 1, Abs. 4/bis, Buchst. e, LG 12/2007)
- Eigenschaften eines universitären spin off's oder start up's hat, oder gleichwertige Eigenschaften wie jene von Forschungseinrichtungen, bzw. sie betreibt landwirtschaftliche Betriebe mit Lehrzwecken (Art. 4, Abs. 8 GvD 175/2016)
- Eine Dienstleistung von allgemeinem Interesse im Bereich der Netze (gemäß Art. 3-bis des GD 138/2011) außerhalb des Einzugsgebietes der betroffenen Gemeinschaft erbringt, mittels Vergabe von sich in der Durchführungsphase befindenden und neuen Dienstleistungen durch öffentliche Vergabeverfahren (Art. 1 Abs. 4/ter, LG 12/2007; Art. 4, Abs. 9/bis GvD 175/2016)
- Güter und Dienstleistungen, die zur Verfolgung des institutionellen Zweckes der Körperschaft unerlässlich sind, produziert (Art. 1 Abs. 4 LG 12/2007)
- Dienstleistungen von allgemeinem Interesse herstellt (Art. 1 Abs. 4/bis Buchst. a LG 12/2007)
- Projektiert, realisiert und führt ein öffentliches Bauwerk, auf der Grundlage einer Programmvereinbarung zwischen öffentlichen Verwaltungen oder organisiert und verwaltet einen Dienst von allgemeinem Interesse mittels Partnerschaftsabkommen im Sinne der geltenden Bestimmungen im Bereich der öffentlichen Verträge (Art. 1 Abs. 4/bis Buchst. b LG 12/2007)
- Schafft bzw. erbringt Güter oder Hilfsdienste für die Körperschaft oder für die beteiligten öffentlichen Körperschaften (Art. 1 Abs. 4/bis Buchst. d LG 12/2007)
- Führt Beschaffungsdienste durch (Art. 1 Abs. 4/bis Buchst. c LG 12/2007)
- Optimiert die Verwendung des Immobilienvermögens der beteiligten Verwaltung (Art. 1 Abs. 4/ter LG 12/2007)

Die Begründungen hinsichtlich der Rückführbarkeit bzw. der Nicht-Rückführbarkeit auf die Zwecke laut Art. 1 LG 12/2007 Abs. 4 mit Bezug auf eine der Tätigkeiten laut Abs. 4/bis und 4/ter angeben:

Die Gesellschaft wurde gemäß Art. 44-bis des L.G. 1/2002 gegründet. Ihre Haupttätigkeit ist die Feststellung und Beitreibung, auch mit Zwangseinhebungen, von Steuern der öffentlichen Körperschaften des Landes, die Mitglieder der Gesellschaft sind. Dies erfolgt auf der Grundlage von Direktaufträgen, da es sich um In-House-Gesellschaften handelt, wie in Art. 52, Abs. 5, Buchst. b) des GvD 446/1997 vorgesehen. Die Erbringung dieses Dienstes durch eine einzige Gesellschaft auf Landesebene hat den Vorteil, die Dienste einer hoch spezialisierten Einrichtung nutzen zu können, verbunden mit einer beträchtlichen Ressourceneinsparung durch die Nutzung von Größenvorteilen. Es können Verdoppelungen von Kosten vermieden werden, welche jede Körperschaft andernfalls tragen müsste, um Vergabeverfahren abzuwickeln oder Personal anzustellen, das die vom Gesetz vorgesehenen Voraussetzungen erfüllt usw.

Die Gesellschaft hat zudem die Aufgabe eines technologischen Vermittlers für alle Gemeinden und Bezirksgemeinschaften Südtirols (pagoPA). Über die Plattform des Landes ePayS, die mit pagoPA vernetzt ist, kann die Gesellschaft eine größere Effizienz erreichen. Die Beteiligung an der Gesellschaft ist daher von grundlegender Bedeutung für die Beitreibung der Gemeindeeinnahmen. Diese Einnahmen sind unerlässlich, um die Ziele der Gemeindeverwaltung umsetzen zu können.

Die Beteiligung fällt unter die zulässigen Kategorien gemäß Art. 1, Abs. 4, und Art. 4/bis, Buchst. d) des L.G. 12/2007.

(a): Eine fortlaufende Nr. die bereits im Arbeitsblatt "Bestandsaufnahme" angegeben wurde (02.01; 02.02).  
 (b): Die Bezeichnung der Gesellschaft angeben, wie sie bereits im Arbeitsblatt "Bestandsaufnahme" angegeben wurde (02.01; 02.02).  
 (c): Die Art der Beteiligung angeben, wobei zu unterscheiden ist, ob es sich um eine direkte Beteiligung, eine indirekte Beteiligung (über eine andere Gesellschaft/Einrichtung), oder aber um eine teils direkte und teils indirekte Beteiligung handelt.  
 (d): Die Tätigkeit angeben wie sie bereits im Arbeitsblatt "Bestandsaufnahme" angegeben wurde (02.01; 02.02).

**03. VORAUSSETZUNGEN**

03.01. Verfolgte Zwecke und zulässige Tätigkeiten (Art. 1 Abs. 4, 4/bis und 4/ter LG 12/2007)

<b>Fortlaufende Nr. beteil. Gesellschaft:</b>	Dir_3	<b>(a)</b>
<b>Bezeichnung der beteil. Gesellschaft:</b>	Areal Bozen GmbH	<b>(b)</b>
<b>Art der Beteiligung:</b>	Direkte Beteiligung	<b>(c)</b>
<b>Durchgeführte Tätigkeit:</b>	Ausarbeitung eines Planes zur Gesamtgestaltung des Bahnhofsgeländes Bozen	<b>(d)</b>

**Angeben ob die Gesellschaft:**

- Sie ist eine besondere öffentlich beteiligte Gesellschaft
  - Sie hat als ausschließlichen Zweck die Verwaltung von europäischen Mitteln für den Staat oder die Regionen, bzw. die Umsetzung von Projekten im Bereich Forschung, die von den Institutionen der Europäischen Union finanziert werden (Art. 26, Abs. 2 GvD 175/2016)
  - Sie ist mit Beschluss gemäß Art. 4 Abs. 9, zweiter Satz, GvD 175/2016 vollständig oder teilweise von der Anwendung der Bestimmungen des besagten Artikels ausgeschlossen worden (**nur für die von der Autonomen Provinz beteiligten Gesellschaften**)
  - Sie ist Empfängerin von Maßnahmen gemäß GvD 159/2011 (Art. 26, Abs. 12-bis, GvD 175/2016)
  - Sie hat Ermächtigungen im Bereich Spielwesen (case da gioco), gemäß der geltenden Rechtsordnung (Art. 26, Abs. 12-sexies, GvD 175/2016)
- Falls keine der Optionen laut den obigen Punkten ausgewählt worden ist, angeben ob die Gesellschaft:**
- Gegründet ist in Umsetzung von Art. 34 der EU-Verordnung Nr. 13/2013 - Lokale Aktionsgruppen (Art. 4, Abs. 6, GvD 175/2016)
  - Als vorwiegenden Gesellschaftszweck die Führung von Messeflächen und die Organisation von Messeevents hat (Art. 1 Abs. 4/bis Buchst. e LG 12/2007)
  - Als vorwiegenden Gesellschaftszweck die Realisierung und Führung von Seilbahnanlagen für die Mobilität im Bereich Tourismus und Sport in alpinem Gelände hat (Art. 1 Abs. 4/bis Buchst. e LG 12/2007)
  - Als vorwiegenden Gesellschaftszweck die Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Quellen hat (Art. 1, Abs. 4/bis, Buchst. e, LG 12/2007)
  - Eigenschaften eines universitären spin off's oder start up's hat, oder gleichwertige Eigenschaften wie jene von Forschungseinrichtungen, bzw. sie betreibt landwirtschaftliche Betriebe mit Lehrzwecken (Art. 4, Abs. 8 GvD 175/2016)
  - Eine Dienstleistung von allgemeinem Interesse im Bereich der Netze (gemäß Art. 3-bis des GD 138/2011) außerhalb des Einzugsgebietes der betroffenen Gemeinschaft erbringt, mittels Vergabe von sich in der Durchführungsphase befindenden und neuen Dienstleistungen durch öffentliche Vergabeverfahren (Art. 1 Abs. 4/ter, LG 12/2007; Art. 4, Abs. 9-bis GVD 175/2016)
  - Güter und Dienstleistungen, die zur Verfolgung des institutionellen Zweckes der Körperschaft unerlässlich sind, produziert (Art. 1 Abs. 4 LG 12/2007)
  - Dienstleistungen von allgemeinem Interesse herstellt (Art. 1 Abs. 4/bis Buchst. a LG 12/2007)
  - Projektiert, realisiert und führt ein öffentliches Bauwerk, auf der Grundlage einer Programmvereinbarung zwischen öffentlichen Verwaltungen oder organisiert und verwaltet einen Dienst von allgemeinem Interesse mittels Partnerschaftsabkommen im Sinne der geltenden Bestimmungen im Bereich der öffentlichen Verträge (Art. 1 Abs. 4/bis Buchst. b LG 12/2007)
  - Schafft bzw. erbringt Güter oder Hilfsdienste für die Körperschaft oder für die beteiligten öffentlichen Körperschaften (Art. 1 Abs. 4/bis Buchst. d LG 12/2007)
  - Führt Beschaffungsdienste durch (Art. 1 Abs. 4/bis Buchst. c LG 12/2007)
  - Optimiert die Verwendung des Immobilienvermögens der beteiligten Verwaltung (Art. 1 Abs. 4/ter LG 12/2007)

*Die Begründungen hinsichtlich der Rückführbarkeit bzw. der Nicht-Rückführbarkeit auf die Zwecke laut Art. 1 LG 12/2007 Abs. 4 mit Bezug auf eine der Tätigkeiten laut Abs. 4/bis und 4/ter angeben:*

Die betreffende Unternehmensbeteiligung fällt unter die zulässigen Kategorien gemäß Art. 1 Abs. 4/bis Buchstabe b) L.G. 12/2007 und Art. 4 GvD 175/2016; beide Gesetzestexte erlauben die Beteiligung an Unternehmen zur Projektierung eines öffentlichen Bauwerkes auf der Grundlage einer Programmvereinbarung, wie z. B. Areal Bozen GmbH.  
 Die Gesellschaft hat den Zweck, einen Plan zur Gesamtgestaltung des Bahnhofgeländes von Bozen auszuarbeiten und die entsprechenden operativen und Planungsschritte einzuleiten, die für die städtebauliche Wiedergewinnung des Areals erforderlich sind. Zu diesem Zweck und im Rahmen der Beziehungen zu Rete Ferroviaria Italiana AG können auch Liegenschaften durch Tausch erworben werden. Die Gesellschaft erbringt Leistungen von öffentlichem Interesse, die den institutionellen Zweck verfolgen, eine Stadtzone aufzuwerten und neu zu gestalten, um eine ausgeglichene Entwicklung des Gemeindegebietes in städtebaulicher, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht zu erreichen.  
 Diese Gesellschaft kann als öffentliche Projektgesellschaft eingestuft werden.

- (a):** Eine fortlaufende Nr. die bereits im Arbeitsblatt "Bestandsaufnahme" angegeben wurde (02.01; 02.02).
- (b):** Die Bezeichnung der Gesellschaft angeben, wie sie bereits im Arbeitsblatt "Bestandsaufnahme" angegeben wurde (02.01; 02.02).
- (c):** Die Art der Beteiligung angeben, wobei zu unterscheiden ist, ob es sich um eine direkte Beteiligung, eine indirekte Beteiligung (über eine andere Gesellschaft/Einrichtung), oder aber um eine teils direkte und teils indirekte Beteiligung handelt.
- (d):** Die Tätigkeit angeben wie sie bereits im Arbeitsblatt "Bestandsaufnahme" angegeben wurde (02.01; 02.02).

**03. VORAUSSETZUNGEN**

03.01. Verfolgte Zwecke und zulässige Tätigkeiten (Art. 1 Abs. 4, 4/bis und 4/ter LG 12/2007)

<b>Fortlaufende Nr. beteil. Gesellschaft:</b>	Dir_4	<b>(a)</b>
<b>Bezeichnung der beteil. Gesellschaft:</b>	Brennerautobahn AG	<b>(b)</b>
<b>Art der Beteiligung:</b>	Direkte Beteiligung	<b>(c)</b>
<b>Durchgeführte Tätigkeit:</b>	Führung der Autobahn Brennero - Verona - Modena	<b>(d)</b>

**Angeben ob die Gesellschaft:**

- Sie ist eine besondere öffentlich beteiligte Gesellschaft
  - Sie hat als ausschließlichen Zweck die Verwaltung von europäischen Mitteln für den Staat oder die Regionen, bzw. die Umsetzung von Projekten im Bereich Forschung, die von den Institutionen der Europäischen Union finanziert werden (Art. 26, Abs. 2 GvD 175/2016)
  - Sie ist mit Beschluss gemäß Art. 4 Abs. 9, zweiter Satz, GvD 175/2016 vollständig oder teilweise von der Anwendung der Bestimmungen des besagten Artikels ausgeschlossen worden (**nur für die von der Autonomen Provinz beteiligten Gesellschaften**)
  - Sie ist Empfängerin von Maßnahmen gemäß GvD 159/2011 (Art. 26, Abs. 12-bis, GvD 175/2016)
  - Sie hat Ermächtigungen im Bereich Spielwesen (case da gioco), gemäß der geltenden Rechtsordnung (Art. 26, Abs. 12-sexies, GvD 175/2016)
- Falls keine der Optionen laut den obigen Punkten ausgewählt worden ist, angeben ob die Gesellschaft:**
- Gegründet ist in Umsetzung von Art. 34 der EU-Verordnung Nr. 13/2013 - Lokale Aktionsgruppen (Art. 4, Abs. 6, GvD 175/2016)
  - Als vorwiegenden Gesellschaftszweck die Führung von Messeflächen und die Organisation von Messeevents hat (Art. 1 Abs. 4/bis Buchst. e LG 12/2007)
  - Als vorwiegenden Gesellschaftszweck die Realisierung und Führung von Seilbahnanlagen für die Mobilität im Bereich Tourismus und Sport in alpinem Gelände hat (Art. 1 Abs. 4/bis Buchst. e LG 12/2007)
  - Als vorwiegenden Gesellschaftszweck die Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Quellen hat (Art. 1, Abs. 4/bis, Buchst. e, LG 12/2007)
  - Eigenschaften eines universitären spin off's oder start up's hat, oder gleichwertige Eigenschaften wie jene von Forschungseinrichtungen, bzw. sie betreibt landwirtschaftliche Betriebe mit Lehrzwecken (Art. 4, Abs. 8 GvD 175/2016)
  - Eine Dienstleistung von allgemeinem Interesse im Bereich der Netze (gemäß Art. 3-bis des GD 138/2011) außerhalb des Einzugsgebietes der betroffenen Gemeinschaft erbringt, mittels Vergabe von sich in der Durchführungsphase befindenden und neuen Dienstleistungen durch öffentliche Vergabeverfahren (Art. 1 Abs. 4/ter, LG 12/2007; Art. 4, Abs. 9-bis GvD 175/2016)
  - Güter und Dienstleistungen, die zur Verfolgung des institutionellen Zweckes der Körperschaft unerlässlich sind, produziert (Art. 1 Abs. 4 LG 12/2007)
  - Dienstleistungen von allgemeinem Interesse herstellt (Art. 1 Abs. 4/bis Buchst. a LG 12/2007)
  - Projektiert, realisiert und führt ein öffentliches Bauwerk, auf der Grundlage einer Programmvereinbarung zwischen öffentlichen Verwaltungen oder organisiert und verwaltet einen Dienst von allgemeinem Interesse mittels Partnerschaftsabkommen im Sinne der geltenden Bestimmungen im Bereich der öffentlichen Verträge (Art. 1 Abs. 4/bis Buchst. b LG 12/2007)
  - Schafft bzw. erbringt Güter oder Hilfsdienste für die Körperschaft oder für die beteiligten öffentlichen Körperschaften (Art. 1 Abs. 4/bis Buchst. d LG 12/2007)
  - Führt Beschaffungsdienste durch (Art. 1 Abs. 4/bis Buchst. c LG 12/2007)
  - Optimiert die Verwendung des Immobilienvermögens der beteiligten Verwaltung (Art. 1 Abs. 4/ter LG 12/2007)

Die Begründungen hinsichtlich der Rückführbarkeit bzw. der Nicht-Rückführbarkeit auf die Zwecke laut Art. 1 LG 12/2007 Abs. 4 mit Bezug auf eine der Tätigkeiten laut Abs. 4/bis und 4/ter angeben:

Mit der Beteiligung an der Brennerautobahn AG wird das Ziel verfolgt, die Autobahninfrastruktur zu führen. Diese Tätigkeit fällt unter die zulässigen Kategorien gemäß Art. 1, Abs. 4 und 4/bis, Buchstabe b) L.G. 12/2007, denn es handelt sich um ein allgemeines Interesse, das der Entwicklung des Korridors von Skandinavien bis zum Mittelmeer dient und die Zusammenarbeit zwischen den Institutionen fördert, welche die Entwicklung dieses Korridors vorantreiben. Die Zielsetzungen wurden in den Vereinbarungsprotokollen definiert, die am 14. Januar 2016 vom Infrastruktur- und Transportministerium und der Region Trentino-Alto Adige/Südtirol gemeinsam mit den öffentlichen Verwaltungen, die an der Entwicklung dieses Korridors interessiert sind, unterzeichnet wurden. Diese Zielsetzungen wurden in den Art. 13-bis des Gesetzesdekretes Nr. 148/2017 eingefügt, der im Besonderen vorsieht, dass die Konzessionsvereinbarungen für die Verwirklichung von Bauvorhaben und die Führung von Autobahnabschnitten eine Laufzeit von dreißig Jahren haben und dass diese Konzessionsvereinbarungen zwischen dem Infrastruktur- und Transportministerium und den Regionen und lokalen Körperschaften abgeschlossen werden, welche die Vereinbarungsprotokolle vom 14. Januar 2016 unterzeichnet haben. Es kann auch auf eine bereits bestehende oder noch zu gründende In-house-Gesellschaft als Konzessionärin zurückgegriffen werden. Die Gesellschaft ermöglicht es der Landeshauptstadt Bozen, sich aktiv in Projekte und Strategien von öffentlichen regionalen Behörden einzubringen, in denen es um die Erreichbarkeit der Landeshauptstadt und die Verbindung der Stadt mit anderen Regionen und Ländern Europas geht. In Anbetracht der Tatsache, dass die Brennerautobahn direkt durch das Stadtgebiet führt, ist es umso wichtiger, an dieser Beteiligung festzuhalten, auch in Hinblick auf künftige strategische Entscheidungen zu diesem Aspekt und der von der Brennerautobahn ausgehenden Umweltverschmutzung und Verkehrsbelastung für Bozen. Die Beteiligung ermöglicht es der Stadtgemeinde Bozen daher, eine Dienstleistung von allgemeinem Interesse in Bezug auf die Mobilität zu erbringen und die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Bürger zu fördern, ohne den Umweltschutz zu vergessen.

- (a):** Eine fortlaufende Nr. die bereits im Arbeitsblatt "Bestandsaufnahme" angegeben wurde (02.01; 02.02).
- (b):** Die Bezeichnung der Gesellschaft angeben, wie sie bereits im Arbeitsblatt "Bestandsaufnahme" angegeben wurde (02.01; 02.02).
- (c):** Die Art der Beteiligung angeben, wobei zu unterscheiden ist, ob es sich um eine direkte Beteiligung, eine indirekte Beteiligung (über eine andere Gesellschaft/Einrichtung), oder aber um eine teils direkte und teils indirekte Beteiligung handelt.
- (d):** Die Tätigkeit angeben wie sie bereits im Arbeitsblatt "Bestandsaufnahme" angegeben wurde (02.01; 02.02).

**03. VORAUSSETZUNGEN**

03.01. Verfolgte Zwecke und zulässige Tätigkeiten (Art. 1 Abs. 4, 4/bis und 4/ter LG 12/2007)

<b>Fortlaufende Nr. beteil. Gesellschaft:</b>	<input type="text" value="Dir_5"/>	<b>(a)</b>
<b>Bezeichnung der beteil. Gesellschaft:</b>	<input type="text" value="Banca Popolare Etica&lt;br/&gt;Genossenschaft auf Aktien"/>	<b>(b)</b>
<b>Art der Beteiligung:</b>	<input type="text" value="Direkte Beteiligung"/>	<b>(c)</b>
<b>Durchgeführte Tätigkeit:</b>	<input type="text" value="Annahme von&lt;br/&gt;Spareinlagen und&lt;br/&gt;Ausübung von&lt;br/&gt;Kreditaktivitäten"/>	<b>(d)</b>

**Angeben ob die Gesellschaft:**

- Sie ist eine besondere öffentlich beteiligte Gesellschaft
- Sie hat als ausschließlichen Zweck die Verwaltung von europäischen Mitteln für den Staat oder die Regionen, bzw. die Umsetzung von Projekten im Bereich Forschung, die von den Institutionen der Europäischen Union finanziert werden (Art. 26, Abs. 2 Gvd 175/2016)
- Sie ist mit Beschluss gemäß Art. 4 Abs. 9, zweiter Satz, GvD 175/2016 vollständig oder teilweise von der Anwendung der Bestimmungen des besagten Artikels ausgeschlossen worden (**nur für die von der Autonomen Provinz beteiligten Gesellschaften**)
- Sie ist Empfängerin von Maßnahmen gemäß GvD 159/2011 (Art. 26, Abs. 12-bis, GvD 175/2016)
- Sie hat Ermächtigungen im Bereich Spielwesen (case da gioco), gemäß der geltenden Rechtsordnung (Art. 26, Abs. 12-sexies, GvD 175/2016)
- Falls keine der Optionen laut den obigen Punkten ausgewählt worden ist, angeben ob die Gesellschaft:
  - Gegründet ist in Umsetzung von Art. 34 der EU-Verordnung Nr. 13/2013 - Lokale Aktionsgruppen (Art. 4, Abs. 6, GvD 175/2016)
  - Als vorwiegenden Gesellschaftszweck die Führung von Messeflächen und die Organisation von Messeevents hat (Art. 1 Abs. 4/bis Buchst. e LG 12/2007)
  - Als vorwiegenden Gesellschaftszweck die Realisierung und Führung von Seilbahnanlagen für die Mobilität im Bereich Tourismus und Sport in alpinem Gelände hat (Art. 1 Abs. 4/bis Buchst. e LG 12/2007)
  - Als vorwiegenden Gesellschaftszweck die Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Quellen hat (Art. 1, Abs. 4/bis, Buchst. e, LG 12/2007)
  - Eigenschaften eines universitären spin off's oder start up's hat, oder gleichwertige Eigenschaften wie jene von Forschungseinrichtungen, bzw. sie betreibt landwirtschaftliche Betriebe mit Lehrzwecken (Art. 4, Abs. 8 GvD 175/2016)
  - Eine Dienstleistung von allgemeinem Interesse im Bereich der Netze (gemäß Art. 3-bis des GD 138/2011) außerhalb des Einzugsgebietes der betroffenen Gemeinschaft erbringt, mittels Vergabe von sich in der Durchführungsphase befindenden und neuen Dienstleistungen durch öffentliche Vergabeverfahren (Art. 1 Abs. 4/ter, LG 12/2007; Art. 4, Abs. 9-bis GvD 175/2016)
  - Güter und Dienstleistungen, die zur Verfolgung des institutionellen Zweckes der Körperschaft unerlässlich sind, produziert (Art. 1 Abs. 4 LG 12/2007)
- Dienstleistungen von allgemeinem Interesse herstellt (Art. 1 Abs. 4/bis Buchst. a LG 12/2007)
- Projektiert, realisiert und führt ein öffentliches Bauwerk, auf der Grundlage einer Programmvereinbarung zwischen öffentlichen Verwaltungen oder organisiert und verwaltet einen Dienst von allgemeinem Interesse mittels Partnerschaftsabkommen im Sinne der geltenden Bestimmungen im Bereich der öffentlichen Verträge (Art. 1 Abs. 4/bis Buchst. b LG 12/2007)
- Schafft bzw. erbringt Güter oder Hilfsdienste für die Körperschaft oder für die beteiligten öffentlichen Körperschaften (Art. 1 Abs. 4/bis Buchst. d LG 12/2007)
- Führt Beschaffungsdienste durch (Art. 1 Abs. 4/bis Buchst. c LG 12/2007)
- Optimiert die Verwendung des Immobilienvermögens der beteiligten Verwaltung (Art. 1 Abs. 4/ter LG 12/2007)

Die Begründungen hinsichtlich der Rückführbarkeit bzw. der Nicht-Rückführbarkeit auf die Zwecke laut Art. 1 LG 12/2007 Abs. 4 mit Bezug auf eine der Tätigkeiten laut Abs. 4/bis und 4/ter angeben:

Die Genossenschaftsbank "Banca etica" ist ein Bankinstitut, das auf dem Geld- und Finanzmarkt operiert. Dabei orientiert es sich an den ethischen Grundsätzen in Art. 5 der Satzung. Als Bankinstitut vergibt die Genossenschaftsbank Kredite und verwaltet die Ersparnisse der Kunden, die in gewinnbringende Gewerbe- und Finanzaktivitäten investiert werden, wobei die ethischen und sozialen Inhalte der Investition im Vordergrund stehen. Die ethischen Ziele der „Banca Etica“ sind mit den institutionellen Zielen der Stadtgemeinde Bozen kohärent, denn die Gesellschaft erbringt Dienste für die Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung. Sie verwaltet die Finanzmittel von Körperschaften, Gesellschaften und Privatpersonen, und bei der Verwaltung von Ersparnissen achtet sie auf das Gemeingut der Gesellschaft. Die Kreditaktivität orientiert sich am sozialen und kulturellen Nutzen und am Nutzen für die Umwelt.

Der Absatz 9 ter von Art. 4 des Einheitstextes der Gesetze über Gesellschaften mit öffentlicher Beteiligung sieht für öffentliche Verwaltungen die Möglichkeit vor, Beteiligungen an Ethikbanken zu erwerben oder zu halten, wobei die Beteiligung maximal 1 Prozent des Gesellschaftskapital betragen darf. Der Anteil der Stadtgemeinde Bozen liegt unterhalb dieses Wertes.

- (a): Eine fortlaufende Nr. die bereits im Arbeitsblatt "Bestandsaufnahme" angegeben wurde (02.01; 02.02).
- (b): Die Bezeichnung der Gesellschaft angeben, wie sie bereits im Arbeitsblatt "Bestandsaufnahme" angegeben wurde (02.01; 02.02).
- (c): Die Art der Beteiligung angeben, wobei zu unterscheiden ist, ob es sich um eine direkte Beteiligung, eine indirekte Beteiligung (über eine andere Gesellschaft/Einrichtung), oder aber um eine teils direkte und teils indirekte Beteiligung handelt.
- (d): Die Tätigkeit angeben wie sie bereits im Arbeitsblatt "Bestandsaufnahme" angegeben wurde (02.01; 02.02).

### 03. VORAUSSETZUNGEN

03.01. Verfolgte Zwecke und zulässige Tätigkeiten (Art. 1 Abs. 4, 4/bis und 4/ter LG 12/2007)

Fortlaufende Nr. beteil. Gesellschaft:  (a)

Bezeichnung der beteil. Gesellschaft:  (b)

Art der Beteiligung:  (c)

Durchgeführte Tätigkeit:  (d)

#### Angeben ob die Gesellschaft:

- Sie ist eine besondere öffentlich beteiligte Gesellschaft
- Sie hat als ausschließlichen Zweck die Verwaltung von europäischen Mitteln für den Staat oder die Regionen, bzw. die Umsetzung von Projekten im Bereich Forschung, die von den Institutionen der Europäischen Union finanziert werden (Art. 26, Abs. 2 Gvd 175/2016)
- Sie ist mit Beschluss gemäß Art. 4 Abs. 9, zweiter Satz, GvD 175/2016 vollständig oder teilweise von der Anwendung der Bestimmungen des besagten Artikels ausgeschlossen worden (**nur für die von der Autonomen Provinz beteiligten Gesellschaften**)
- Sie ist Empfängerin von Maßnahmen gemäß GvD 159/2011 (Art. 26, Abs. 12-bis, GvD 175/2016)
- Sie hat Ermächtigungen im Bereich Spielwesen (case da gioco), gemäß der geltenden Rechtsordnung (Art. 26, Abs. 12-sexies, GvD 175/2016)
- Falls keine der Optionen laut den obigen Punkten ausgewählt worden ist, angeben ob die Gesellschaft:**
- Gegründet ist in Umsetzung von Art. 34 der EU-Verordnung Nr. 13/2013 - Lokale Aktionsgruppen (Art. 4, Abs. 6, GvD 175/2016)
- Als vorwiegenden Gesellschaftszweck die Führung von Messeflächen und die Organisation von Messeevents hat (Art. 1 Abs. 4/bis Buchst. e LG 12/2007)
- Als vorwiegenden Gesellschaftszweck die Realisierung und Führung von Seilbahnanlagen für die Mobilität im Bereich Tourismus und Sport in alpinem Gelände hat (Art. 1 Abs. 4/bis Buchst. e LG 12/2007)
- Als vorwiegenden Gesellschaftszweck die Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Quellen hat (Art. 1, Abs. 4/bis, Buchst. e, LG 12/2007)
- Eigenschaften eines universitären spin off's oder start up's hat, oder gleichwertige Eigenschaften wie jene von Forschungseinrichtungen, bzw. sie betreibt landwirtschaftliche Betriebe mit Lehrzwecken (Art. 4, Abs. 8 GvD 175/2016)
- Eine Dienstleistung von allgemeinem Interesse im Bereich der Netze (gemäß Art. 3-bis des GD 138/2011) außerhalb des Einzugsgebietes der betroffenen Gemeinschaft erbringt, mittels Vergabe von sich in der Durchführungsphase befindenden und neuen Dienstleistungen durch öffentliche Vergabeverfahren (Art. 1 Abs. 4/ter, LG 12/2007; Art. 4, Abs. 9-bis GVD 175/2016)
- Güter und Dienstleistungen, die zur Verfolgung des institutionellen Zweckes der Körperschaft unerlässlich sind, produziert (Art. 1 Abs. 4 LG 12/2007)
- Dienstleistungen von allgemeinem Interesse herstellt (Art. 1 Abs. 4/bis Buchst. a LG 12/2007)
- Projektiert, realisiert und führt ein öffentliches Bauwerk, auf der Grundlage einer Programmvereinbarung zwischen öffentlichen Verwaltungen oder organisiert und verwaltet einen Dienst von allgemeinem Interesse mittels Partnerschaftsabkommen im Sinne der geltenden Bestimmungen im Bereich der öffentlichen Verträge (Art. 1 Abs. 4/bis Buchst. b LG 12/2007)
- Schafft bzw. erbringt Güter oder Hilfsdienste für die Körperschaft oder für die beteiligten öffentlichen Körperschaften (Art. 1 Abs. 4/bis Buchst. d LG 12/2007)
- Führt Beschaffungsdienste durch (Art. 1 Abs. 4/bis Buchst. c LG 12/2007)
- Optimiert die Verwendung des Immobilienvermögens der beteiligten Verwaltung (Art. 1 Abs. 4/ter LG 12/2007)

Die Begründungen hinsichtlich der Rückführbarkeit bzw. der Nicht-Rückführbarkeit auf die Zwecke laut Art. 1 LG 12/2007 Abs. 4 mit Bezug auf eine der Tätigkeiten laut Abs. 4/bis und 4/ter angeben:

Der Südtiroler Gemeindenverband ist die einzige Interessensvertretung aller Südtiroler Gemeinden und Bezirksgemeinschaften und vertritt auf Ebene des Landes Südtirol den nationalen Gemeindenverband ANCI (Art. 36 ANCI-Satzung). Zu den Aufgaben des Gemeindenverbandes zu Gunsten seiner Mitglieder zählen – in aller Kürze – Vertrags-, Verwaltungs-, Buchhaltungs-, Rechts-, Steuer-, Gewerkschafts-, Organisations-, Schulungs- und technische Beratung. Es handelt sich hierbei um institutionelle Aufgaben sowie um Dienstleistungen, die für die Tätigkeitsabwicklung der Mitgliedskörperschaften unmittelbar zweckdienlich sind. Die zentrale Verwaltung dieser Tätigkeiten zielt auf eine bessere Organisation der Verwaltungsfunktionen im Hinblick auf Effektivität und Effizienz ab und ermöglicht Kosteneinsparungen in den Bereichen, die von gemeinsamem Interesse sind. Der Gemeindenverband nimmt weiters Sekretariatsaufgaben wahr und stellt die rechtliche Beratung des Rates der Gemeinden durch die Begutachtung von Gesetzes- und Verordnungsentwürfen des Südtiroler Landtags bzw. der Südtiroler Landesregierung sicher. Die Tätigkeit des Gemeindekonsortiums ist für die Verfolgung der institutionellen Ziele der Stadtgemeinde Bozen von entscheidender Bedeutung und daher ist die Beteiligung zulässig gemäß Art. 1 L.G. 12/2007.

- (a): Eine fortlaufende Nr. die bereits im Arbeitsblatt "Bestandsaufnahme" angegeben wurde (02.01; 02.02).
- (b): Die Bezeichnung der Gesellschaft angeben, wie sie bereits im Arbeitsblatt "Bestandsaufnahme" angegeben wurde (02.01; 02.02).
- (c): Die Art der Beteiligung angeben, wobei zu unterscheiden ist, ob es sich um eine direkte Beteiligung, eine indirekte Beteiligung (über eine andere Gesellschaft/Einrichtung), oder aber um eine teils direkte und teils indirekte Beteiligung handelt.
- (d): Die Tätigkeit angeben wie sie bereits im Arbeitsblatt "Bestandsaufnahme" angegeben wurde (02.01; 02.02).

**03. VORAUSSETZUNGEN**

03.01. Verfolgte Zwecke und zulässige Tätigkeiten (Art. 1 Abs. 4, 4/bis und 4/ter LG 12/2007)

**Fortlaufende Nr. beteil. Gesellschaft:**  (a)

**Bezeichnung der beteil. Gesellschaft:**  (b)

**Art der Beteiligung:**  (c)

**Durchgeführte Tätigkeit:** (d)

Bau, An- und Verkauf, Instandhaltung und Verwaltung von Anlagen und Dienstleistungen auf dem Gebiet des Umweltschutzes, sowie jene andere Initiative die einen wirksamen Umweltschutz zum Ziele hat

**Angeben ob die Gesellschaft:**

- Sie ist eine besondere öffentlich beteiligte Gesellschaft
- Sie hat als ausschließlichen Zweck die Verwaltung von europäischen Mitteln für den Staat oder die Regionen, bzw. die Umsetzung von Projekten im Bereich Forschung, die von den Institutionen der Europäischen Union finanziert werden (Art. 26, Abs. 2 Gvd 175/
- Sie ist mit Beschluss gemäß Art. 4 Abs. 9, zweiter Satz, GvD 175/2016 vollständig oder teilweise von der Anwendung der Bestimmungen des besagten Artikels ausgeschlossen worden (**nur für die von der Autonomen Provinz beteiligten Gesellschaften**)
- Sie ist Empfängerin von Maßnahmen gemäß GvD 159/2011 (Art. 26, Abs. 12-bis, GvD 175/2016)
- Sie hat Ermächtigungen im Bereich Spielwesen (case da gioco), gemäß der geltenden Rechtsordnung (Art. 26, Abs. 12-sexies, GvD 175/2016)
- Falls keine der Optionen laut den obigen Punkten ausgewählt worden ist, angeben ob die Gesellschaft:**
- Gegründet ist in Umsetzung von Art. 34 der EU-Verordnung Nr. 13/2013 - Lokale Aktionsgruppen (Art. 4, Abs. 6, GvD 175/2016)
- Als vorwiegenden Gesellschaftszweck die Führung von Messeflächen und die Organisation von Messeevents hat (Art. 1 Abs. 4/bis Buchst. e LG 12/2007)
- Als vorwiegenden Gesellschaftszweck die Realisierung und Führung von Seilbahnanlagen für die Mobilität im Bereich Tourismus und Sport in alpinem Gelände hat (Art. 1 Abs. 4/bis Buchst. e LG 12/2007)
- Als vorwiegenden Gesellschaftszweck die Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Quellen hat (Art. 1, Abs. 4/bis, Buchst. e, LG 12/2007)
- Eigenschaften eines universitären spin off's oder start up's hat, oder gleichwertige Eigenschaften wie jene von Forschungseinrichtungen, bzw. sie betreibt landwirtschaftliche Betriebe mit Lehrzwecken (Art. 4, Abs. 8 GvD 175/2016)
- Eine Dienstleistung von allgemeinem Interesse im Bereich der Netze (gemäß Art. 3-bis des GD 138/2011) außerhalb des Einzugsgebietes der betroffenen Gemeinschaft erbringt, mittels Vergabe von sich in der Durchführungsphase befindenden und neuen Dienstleist
- Güter und Dienstleistungen, die zur Verfolgung des institutionellen Zweckes der Körperschaft unerlässlich sind, produziert (Art. 1 Abs. 4 LG 12/2007)
- Dienstleistungen von allgemeinem Interesse herstellt (Art. 1 Abs. 4/bis Buchst. a LG 12/2007)
- Projektiert, realisiert und führt ein öffentliches Bauwerk, auf der Grundlage einer Programmvereinbarung zwischen öffentlichen Verwaltungen oder organisiert und verwaltet einen Dienst von allgemeinem Interesse mittels Partnerschaftsabkommen im Sinne der g
- Schafft bzw. erbringt Güter oder Hilfsdienste für die Körperschaft oder für die beteiligten öffentlichen Körperschaften (Art. 1 Abs. 4/bis Buchst. d LG 12/2007)
- Führt Beschaffungsdienste durch (Art. 1 Abs. 4/bis Buchst. c LG 12/2007)
- Optimiert die Verwendung des Immobilienvermögens der beteiligten Verwaltung (Art. 1 Abs. 4/ter LG 12/2007)

Die Begründungen hinsichtlich der Rückführbarkeit bzw. der Nicht-Rückführbarkeit auf die Zwecke laut Art. 1 LG 12/2007 Abs. 4 mit Bezug auf eine der Tätigkeiten laut Abs. 4/bis und 4/ter angeben:

Die nach Maßgabe von Art. 22, Abs. 3, Buchst. e) des Gesetzes 142/1990 und nach Art. 44, Abs. 3, Buchst. e) des R.G. 1/1993 gegründete Gesellschaft hat als Gesellschaftszweck den Bau, den An- und Verkauf, die Instandhaltung und/oder Führung von Umwelthanlagen und Umweltdiensten. Die Entscheidung, diese Dienste einer Gesellschaft mit einhundert Prozent öffentlicher Beteiligung zu übertragen, entstand aus der Notwendigkeit heraus, die Anlagen zu rationalisieren und gleichzeitig ihre Effizienz zu steigern. Dadurch wurden beachtliche Einsparungen erzielt und ein besserer Schutz der Umwelt und des Territoriums gewährleistet. Die Gesellschaft führt derzeit vier Abfallbewirtschaftungsanlagen, wie z.B. die Müllverbrennungsanlage in Bozen, den einheitlichen Abwasserdienst (sog. OEG) und die Müllabfuhr der Stadtgemeinde Bozen und anderer Gemeinden Südtirols, die Mitglieder sind, und die eine ähnliche Kontrolle über die Gesellschaft ausüben. Es handelt sich um Dienste von allgemeinem Interesse, die von grundlegender Bedeutung für die Erreichung der institutionellen Ziele der Körperschaften sind, welche Mitglieder sind. Die Beteiligung fällt daher unter die zulässigen Kategorien gemäß Art. 1 des L.G. 12/2007.

- (a): Eine forlaufende Nr. die bereits im Arbeitsblatt "Bestandsaufnahme" angegeben wurde (02.01; 02.02).
- (b): Die Bezeichnung der Gesellschaft angeben, wie sie bereits im Arbeitsblatt "Bestandsaufnahme" angegeben wurde (02.01; 02.02).
- (c): Die Art der Beteiligung angeben, wobei zu unterscheiden ist, ob es sich um eine direkte Beteiligung, eine indirekte Beteiligung (über eine andere Gesellschaft/Einrichtung), oder aber um eine teils direkte und teils indirekte Beteiligung handelt.
- (d): Die Tätigkeit angeben wie sie bereits im Arbeitsblatt "Bestandsaufnahme" angegeben wurde (02.01; 02.02).

**03. VORAUSSETZUNGEN**

03.01. Verfolgte Zwecke und zulässige Tätigkeiten (Art. 1 Abs. 4, 4/bis und 4/ter LG 12/2007)

**Fortlaufende Nr. beteil. Gesellschaft:**  (a)

**Bezeichnung der beteil. Gesellschaft:**  (b)

**Art der Beteiligung:**  (c)

**Durchgeführte Tätigkeit:** (d)

Betrieb eines Ausstellungs-, Kongress- und Messezentrums und von Dienstleistungen zur Förderung der Vermarktung von Gütern und Dienstleistungen auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene

**Angeben ob die Gesellschaft:**

- Sie ist eine besondere öffentlich beteiligte Gesellschaft
- Sie hat als ausschließlichen Zweck die Verwaltung von europäischen Mitteln für den Staat oder die Regionen, bzw. die Umsetzung von Projekten im Bereich Forschung, die von den Institutionen der Europäischen Union finanziert werden (Art. 26, Abs. 2 Gvd 175/
- Sie ist mit Beschluss gemäß Art. 4 Abs. 9, zweiter Satz, GvD 175/2016 vollständig oder teilweise von der Anwendung der Bestimmungen des besagten Artikels ausgeschlossen worden (**nur für die von der Autonomen Provinz beteiligten Gesellschaften**)
- Sie ist Empfängerin von Maßnahmen gemäß GvD 159/2011 (Art. 26, Abs. 12-bis, GvD 175/2016)
- Sie hat Ermächtigungen im Bereich Spielwesen (case da gioco), gemäß der geltenden Rechtsordnung (Art. 26, Abs. 12-sexies, GvD 175/2016)
- Falls keine der Optionen laut den obigen Punkten ausgewählt worden ist, angeben ob die Gesellschaft:**
- Gegründet ist in Umsetzung von Art. 34 der EU-Verordnung Nr. 13/2013 - Lokale Aktionsgruppen (Art. 4, Abs. 6, GvD 175/2016)
- Als vorwiegenden Gesellschaftszweck die Führung von Messeflächen und die Organisation von Messeevents hat (Art. 1 Abs. 4/bis Buchst. e LG 12/2007)
- Als vorwiegenden Gesellschaftszweck die Realisierung und Führung von Seilbahnanlagen für die Mobilität im Bereich Tourismus und Sport in alpinem Gelände hat (Art. 1 Abs. 4/bis Buchst. e LG 12/2007)
- Als vorwiegenden Gesellschaftszweck die Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Quellen hat (Art. 1, Abs. 4/bis, Buchst. e, LG 12/2007)
- Eigenschaften eines universitären spin off's oder start up's hat, oder gleichwertige Eigenschaften wie jene von Forschungseinrichtungen, bzw. sie betreibt landwirtschaftliche Betriebe mit Lehrzwecken (Art. 4, Abs. 8 GvD 175/2016)
- Eine Dienstleistung von allgemeinem Interesse im Bereich der Netze (gemäß Art. 3-bis des GD 138/2011) außerhalb des Einzugsgebietes der betroffenen Gemeinschaft erbringt, mittels Vergabe von sich in der Durchführungsphase befindenden und neuen Dienstleist
- Güter und Dienstleistungen, die zur Verfolgung des institutionellen Zweckes der Körperschaft unerlässlich sind, produziert (Art. 1 Abs. 4 LG 12/2007)
- Dienstleistungen von allgemeinem Interesse herstellt (Art. 1 Abs. 4/bis Buchst. a LG 12/2007)
- Projektiert, realisiert und führt ein öffentliches Bauwerk, auf der Grundlage einer Programmvereinbarung zwischen öffentlichen Verwaltungen oder organisiert und verwaltet einen Dienst von allgemeinem Interesse mittels Partnerschaftsabkommen im Sinne der g
- Schafft bzw. erbringt Güter oder Hilfsdienste für die Körperschaft oder für die beteiligten öffentlichen Körperschaften (Art. 1 Abs. 4/bis Buchst. d LG 12/2007)
- Führt Beschaffungsdienste durch (Art. 1 Abs. 4/bis Buchst. c LG 12/2007)
- Optimiert die Verwendung des Immobilienvermögens der beteiligten Verwaltung (Art. 1 Abs. 4/ter LG 12/2007)

Die Begründungen hinsichtlich der Rückführbarkeit bzw. der Nicht-Rückführbarkeit auf die Zwecke laut Art. 1 LG 12/2007 Abs. 4 mit Bezug auf eine der Tätigkeiten laut Abs. 4/bis und 4/ter angeben:

Das L.G. 12/2007 sieht in Art. 1, Abs. 4/bis, Buchst. e) ausdrücklich vor, dass Verwaltungen Beteiligungen an Gesellschaften halten können, „die als vorwiegenden Gesellschaftszweck die Schaffung und Führung von Messeflächen und die Organisation von Messeevents haben“. Die Rechtsbestimmungen enthalten eine Annahme der Rechtmäßigkeit dieser Beteiligungen und in der Folge kann von einer Bewertung hinsichtlich der Notwendigkeit dieser abgesehen werden. Auf jeden Fall wird es festgestellt, dass durch die von der Gesellschaft ausgeübte Tätigkeit die lokale Wirtschaft, die Handelsbeziehungen und die internationale Zusammenarbeit gefördert und der freie Wettbewerb, die Transparenz und die unternehmerische Freiheit gewährleistet werden. Besondere Aufmerksamkeit wird zudem ökologischen Themen gewidmet, wie z.B. biologische Produktionsweisen und erneuerbare Energien. Die Beteiligung an dieser Gesellschaft ermöglicht es der Stadtgemeinde Bozen als Landeshauptstadt, sich aktiv an Projekten und Strategien zu beteiligen, welche die Entwicklung der lokalen Wirtschaft und der Bevölkerung betreffen. Mit anderen Worten, die Beteiligung ist für die Erreichung der institutionellen Ziele der Stadtgemeinde Bozen förderlich.

- (a): Eine forlaufende Nr. die bereits im Arbeitsblatt "Bestandsaufnahme" angegeben wurde (02.01; 02.02).
- (b): Die Bezeichnung der Gesellschaft angeben, wie sie bereits im Arbeitsblatt "Bestandsaufnahme" angegeben wurde (02.01; 02.02).
- (c): Die Art der Beteiligung angeben, wobei zu unterscheiden ist, ob es sich um eine direkte Beteiligung, eine indirekte Beteiligung (über eine andere Gesellschaft/Einrichtung), oder aber um eine teils direkte und teils indirekte Beteiligung handelt.
- (d): Die Tätigkeit angeben wie sie bereits im Arbeitsblatt "Bestandsaufnahme" angegeben wurde (02.01; 02.02).

**03. VORAUSSETZUNGEN**

03.01. Verfolgte Zwecke und zulässige Tätigkeiten (Art. 1 Abs. 4, 4/bis und 4/ter LG 12/2007)

<b>Fortlaufende Nr. beteil. Gesellschaft:</b>	Dir_9	<b>(a)</b>
<b>Bezeichnung der beteil. Gesellschaft:</b>	Kohlererbahn GmbH	<b>(b)</b>
<b>Art der Beteiligung:</b>	Direkte Beteiligung	<b>(c)</b>
<b>Durchgeführte Tätigkeit:</b>	Führung der Seilbahnanlage	<b>(d)</b>

**Angeben ob die Gesellschaft:**

- Sie ist eine besondere öffentlich beteiligte Gesellschaft
- Sie hat als ausschließlichen Zweck die Verwaltung von europäischen Mitteln für den Staat oder die Regionen, bzw. die Umsetzung von Projekten im Bereich Forschung, die von den Institutionen der Europäischen Union finanziert werden (Art. 26, Abs. 2 Gvd 175/
- Sie ist mit Beschluss gemäß Art. 4 Abs. 9, zweiter Satz, GvD 175/2016 vollständig oder teilweise von der Anwendung der Bestimmungen des besagten Artikels ausgeschlossen worden (**nur für die von der Autonomen Provinz beteiligten Gesellschaften**)
- Sie ist Empfängerin von Maßnahmen gemäß GvD 159/2011 (Art. 26, Abs. 12-bis, GvD 175/2016)
- Sie hat Ermächtigungen im Bereich Spielwesen (case da gioco), gemäß der geltenden Rechtsordnung (Art. 26, Abs. 12-sexies, GvD 175/2016)
- Falls keine der Optionen laut den obigen Punkten ausgewählt worden ist, angeben ob die Gesellschaft:**
- Gegründet ist in Umsetzung von Art. 34 der EU-Verordnung Nr. 13/2013 - Lokale Aktionsgruppen (Art. 4, Abs. 6, GvD 175/2016)
- Als vorwiegenden Gesellschaftszweck die Führung von Messeflächen und die Organisation von Messeevents hat (Art. 1 Abs. 4/bis Buchst. e LG 12/2007)
- Als vorwiegenden Gesellschaftszweck die Realisierung und Führung von Seilbahnanlagen für die Mobilität im Bereich Tourismus und Sport in alpinem Gelände hat (Art. 1 Abs. 4/bis Buchst. e LG 12/2007)
- Als vorwiegenden Gesellschaftszweck die Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Quellen hat (Art. 1, Abs. 4/bis, Buchst. e, LG 12/2007)
- Eigenschaften eines universitären spin off's oder start up's hat, oder gleichwertige Eigenschaften wie jene von Forschungseinrichtungen, bzw. sie betreibt landwirtschaftliche Betriebe mit Lehrzwecken (Art. 4, Abs. 8 GvD 175/2016)
- Eine Dienstleistung von allgemeinem Interesse im Bereich der Netze (gemäß Art. 3-bis des GD 138/2011) außerhalb des Einzugsgebietes der betroffenen Gemeinschaft erbringt, mittels Vergabe von sich in der Durchführungsphase befindenden und neuen Dienstleist
- Güter und Dienstleistungen, die zur Verfolgung des institutionellen Zweckes der Körperschaft unerlässlich sind, produziert (Art. 1 Abs. 4 LG 12/2007)
- Dienstleistungen von allgemeinem Interesse herstellt (Art. 1 Abs. 4/bis Buchst. a LG 12/2007)
- Projektiert, realisiert und führt ein öffentliches Bauwerk, auf der Grundlage einer Programmvereinbarung zwischen öffentlichen Verwaltungen oder organisiert und verwaltet einen Dienst von allgemeinem Interesse mittels Partnerschaftsabkommen im Sinne der g
- Schafft bzw. erbringt Güter oder Hilfsdienste für die Körperschaft oder für die beteiligten öffentlichen Körperschaften (Art. 1 Abs. 4/bis Buchst. d LG 12/2007)
- Führt Beschaffungsdienste durch (Art. 1 Abs. 4/bis Buchst. c LG 12/2007)
- Optimiert die Verwendung des Immobilienvermögens der beteiligten Verwaltung (Art. 1 Abs. 4/ter LG 12/2007)

Die Begründungen hinsichtlich der Rückführbarkeit bzw. der Nicht-Rückführbarkeit auf die Zwecke laut Art. 1 LG 12/2007 Abs. 4 mit Bezug auf eine der Tätigkeiten laut Abs. 4/bis und 4/ter angeben:

Der Gesellschaftszweck ist die Führung der Seilbahn von Bozen nach Kohlern. Die Gesellschaft versieht diesen Dienst auf der Grundlage einer Konzession der Autonomen Provinz Bozen, die 2050 verfällt. Die Seilbahn verbindet die Stadt Bozen mit einer Siedlung, die auf mehr als 1.000 m Höhe liegt und über keine andere öffentliche Anbindung verfügt. Das L.G. 1/2006 regelt den Betrieb von Seilbahnen. Der institutionelle Zweck ist die Gewährleistung einer Verbindung dieser Zone des Gemeindegebietes mit öffentlichen Verkehrsmitteln, die alle Bürgerinnen und Bürgern nutzen können und somit zur wirtschaftlich-sozialen Entwicklung der Bevölkerung beitragen. Es handelt sich um die Führung eines unerlässlichen Dienstes von öffentlichem Interesse. Die Beteiligung fällt daher unter die zulässigen Kategorien gemäß Art. 1 des L.G. 12/2007.

(a): Eine fortlaufende Nr. die bereits im Arbeitsblatt "Bestandsaufnahme" angegeben wurde (02.01; 02.02).  
 (b): Die Bezeichnung der Gesellschaft angeben, wie sie bereits im Arbeitsblatt "Bestandsaufnahme" angegeben wurde (02.01; 02.02).  
 (c): Die Art der Beteiligung angeben, wobei zu unterscheiden ist, ob es sich um eine direkte Beteiligung, eine indirekte Beteiligung (über eine andere Gesellschaft/Einrichtung), oder aber um eine teils direkte und teils indirekte Beteiligung handelt.  
 (d): Die Tätigkeit angeben wie sie bereits im Arbeitsblatt "Bestandsaufnahme" angegeben wurde (02.01; 02.02).

**03. VORAUSSETZUNGEN**

03.01. Verfolgte Zwecke und zulässige Tätigkeiten (Art. 1 Abs. 4, 4/bis und 4/ter LG 12/2007)

**Fortlaufende Nr. beteil. Gesellschaft:**  (a)

**Bezeichnung der beteil. Gesellschaft:**  (b)

**Art der Beteiligung:**  (c)

**Durchgeführte Tätigkeit:**  (d)

**Angeben ob die Gesellschaft:**

- Sie ist eine besondere öffentlich beteiligte Gesellschaft
- Sie hat als ausschließlichen Zweck die Verwaltung von europäischen Mitteln für den Staat oder die Regionen, bzw. die Umsetzung von Projekten im Bereich Forschung, die von den Institutionen der Europäischen Union finanziert werden (Art. 26, Abs. 2 Gvd 175/
- Sie ist mit Beschluss gemäß Art. 4 Abs. 9, zweiter Satz, GvD 175/2016 vollständig oder teilweise von der Anwendung der Bestimmungen des besagten Artikels ausgeschlossen worden (**nur für die von der Autonomen Provinz beteiligten Gesellschaften**)
- Sie ist Empfängerin von Maßnahmen gemäß GvD 159/2011 (Art. 26, Abs. 12-bis, GvD 175/2016)
- Sie hat Ermächtigungen im Bereich Spielwesen (case da gioco), gemäß der geltenden Rechtsordnung (Art. 26, Abs. 12-sexies, GvD 175/2016)
- Falls keine der Optionen laut den obigen Punkten ausgewählt worden ist, angeben ob die Gesellschaft:**
- Gegründet ist in Umsetzung von Art. 34 der EU-Verordnung Nr. 13/2013 - Lokale Aktionsgruppen (Art. 4, Abs. 6, GvD 175/2016)
- Als vorwiegenden Gesellschaftszweck die Führung von Messeflächen und die Organisation von Messeevents hat (Art. 1 Abs. 4/bis Buchst. e LG 12/2007)
- Als vorwiegenden Gesellschaftszweck die Realisierung und Führung von Seilbahnanlagen für die Mobilität im Bereich Tourismus und Sport in alpinem Gelände hat (Art. 1 Abs. 4/bis Buchst. e LG 12/2007)
- Als vorwiegenden Gesellschaftszweck die Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Quellen hat (Art. 1, Abs. 4/bis, Buchst. e, LG 12/2007)
- Eigenschaften eines universitären spin off's oder start up's hat, oder gleichwertige Eigenschaften wie jene von Forschungseinrichtungen, bzw. sie betreibt landwirtschaftliche Betriebe mit Lehrzwecken (Art. 4, Abs. 8 GvD 175/2016)
- Eine Dienstleistung von allgemeinem Interesse im Bereich der Netze (gemäß Art. 3-bis des GD 138/2011) außerhalb des Einzugsgebietes der betroffenen Gemeinschaft erbringt, mittels Vergabe von sich in der Durchführungsphase befindenden und neuen Dienstleist
- Güter und Dienstleistungen, die zur Verfolgung des institutionellen Zweckes der Körperschaft unerlässlich sind, produziert (Art. 1 Abs. 4 LG 12/2007)
- Dienstleistungen von allgemeinem Interesse herstellt (Art. 1 Abs. 4/bis Buchst. a LG 12/2007)
- Projektiert, realisiert und führt ein öffentliches Bauwerk, auf der Grundlage einer Programmvereinbarung zwischen öffentlichen Verwaltungen oder organisiert und verwaltet einen Dienst von allgemeinem Interesse mittels Partnerschaftsabkommen im Sinne der g
- Schafft bzw. erbringt Güter oder Hilfsdienste für die Körperschaft oder für die beteiligten öffentlichen Körperschaften (Art. 1 Abs. 4/bis Buchst. d LG 12/2007)
- Führt Beschaffungsdienste durch (Art. 1 Abs. 4/bis Buchst. c LG 12/2007)
- Optimiert die Verwendung des Immobilienvermögens der beteiligten Verwaltung (Art. 1 Abs. 4/ter LG 12/2007)

Die Begründungen hinsichtlich der Rückführbarkeit bzw. der Nicht-Rückführbarkeit auf die Zwecke laut Art. 1 LG 12/2007 Abs. 4 mit Bezug auf eine der Tätigkeiten laut Abs. 4/bis und 4/ter angeben:

Die Gesellschaft versieht auf den Gemeindegebieten von Bozen, Meran, Leifers und Lana den öffentlichen Personentransport auf der Straße im Orts- und Nahverkehr, außerstädtisch und überregional. Die Gesellschaft ist eine Gesellschaft mit einhundert Prozent öffentlicher Beteiligung und sie ist eine In-House-Gesellschaft. Dadurch werden Kontinuität bei der Erbringung der Dienstleistungen, Universalität und wirtschaftliche Zugänglichkeit gewährleistet. Im Rahmen ihrer Zuständigkeiten überträgt die Autonome Provinz Bozen die Dienste an die Gesellschaft. Die tägliche Mobilität der Bevölkerung zu gewährleisten, ist zweifellos ein allgemeines Interesse, das mit den institutionellen Zielen der Stadtgemeinde Bozen, d.h. der kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung der Bevölkerung, kohärent ist. Die Beteiligung fällt daher unter die zulässigen Kategorien gemäß Art. 1 des L.G. 12/2007.

- (a): Eine forlaufende Nr. die bereits im Arbeitsblatt "Bestandsaufnahme" angegeben wurde (02.01; 02.02).
- (b): Die Bezeichnung der Gesellschaft angeben, wie sie bereits im Arbeitsblatt "Bestandsaufnahme" angegeben wurde (02.01; 02.02).
- (c): Die Art der Beteiligung angeben, wobei zu unterscheiden ist, ob es sich um eine direkte Beteiligung, eine indirekte Beteiligung (über eine andere Gesellschaft/Einrichtung), oder aber um eine teils direkte und teils indirekte Beteiligung handelt.
- (d): Die Tätigkeit angeben wie sie bereits im Arbeitsblatt "Bestandsaufnahme" angegeben wurde (02.01; 02.02).

### 03. VORAUSSETZUNGEN

03.01. Verfolgte Zwecke und zulässige Tätigkeiten (Art. 1 Abs. 4, 4/bis und 4/ter LG 12/2007)

Fortlaufende Nr. beteil. Gesellschaft:  (a)

Bezeichnung der beteil. Gesellschaft:  (b)

Art der Beteiligung:  (c)

Durchgeführte Tätigkeit:  (d)

#### Angeben ob die Gesellschaft:

- Sie ist eine besondere öffentlich beteiligte Gesellschaft
- Sie hat als ausschließlichen Zweck die Verwaltung von europäischen Mitteln für den Staat oder die Regionen, bzw. die Umsetzung von Projekten im Bereich Forschung, die von den Institutionen der Europäischen Union finanziert werden (Art. 26, Abs. 2 Gvd 175/175)
- Sie ist mit Beschluss gemäß Art. 4 Abs. 9, zweiter Satz, GvD 175/2016 vollständig oder teilweise von der Anwendung der Bestimmungen des besagten Artikels ausgeschlossen worden (**nur für die von der Autonomen Provinz beteiligten Gesellschaften**)
- Sie ist Empfängerin von Maßnahmen gemäß GvD 159/2011 (Art. 26, Abs. 12-bis, GvD 175/2016)
- Sie hat Ermächtigungen im Bereich Spielwesen (case da gioco), gemäß der geltenden Rechtsordnung (Art. 26, Abs. 12-sexies, GvD 175/2016)
- Falls keine der Optionen laut den obigen Punkten ausgewählt worden ist, angeben ob die Gesellschaft:**
- Gegründet ist in Umsetzung von Art. 34 der EU-Verordnung Nr. 13/2013 - Lokale Aktionsgruppen (Art. 4, Abs. 6, GvD 175/2016)
- Als vorwiegenden Gesellschaftszweck die Führung von Messeflächen und die Organisation von Messeevents hat (Art. 1 Abs. 4/bis Buchst. e LG 12/2007)
- Als vorwiegenden Gesellschaftszweck die Realisierung und Führung von Seilbahnanlagen für die Mobilität im Bereich Tourismus und Sport in alpinem Gelände hat (Art. 1 Abs. 4/bis Buchst. e LG 12/2007)
- Als vorwiegenden Gesellschaftszweck die Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Quellen hat (Art. 1, Abs. 4/bis, Buchst. e, LG 12/2007)
- Eigenschaften eines universitären spin off's oder start up's hat, oder gleichwertige Eigenschaften wie jene von Forschungseinrichtungen, bzw. sie betreibt landwirtschaftliche Betriebe mit Lehrzwecken (Art. 4, Abs. 8 GvD 175/2016)
- Eine Dienstleistung von allgemeinem Interesse im Bereich der Netze (gemäß Art. 3-bis des GD 138/2011) außerhalb des Einzugsgebietes der betroffenen Gemeinschaft erbringt, mittels Vergabe von sich in der Durchführungsphase befindenden und neuen Dienstleist
- Güter und Dienstleistungen, die zur Verfolgung des institutionellen Zweckes der Körperschaft unerlässlich sind, produziert (Art. 1 Abs. 4 LG 12/2007)
- Dienstleistungen von allgemeinem Interesse herstellt (Art. 1 Abs. 4/bis Buchst. a LG 12/2007)
- Projektiert, realisiert und führt ein öffentliches Bauwerk, auf der Grundlage einer Programmvereinbarung zwischen öffentlichen Verwaltungen oder organisiert und verwaltet einen Dienst von allgemeinem Interesse mittels Partnerschaftsabkommen im Sinne der g
- Schafft bzw. erbringt Güter oder Hilfsdienste für die Körperschaft oder für die beteiligten öffentlichen Körperschaften (Art. 1 Abs. 4/bis Buchst. d LG 12/2007)
- Führt Beschaffungsdienste durch (Art. 1 Abs. 4/bis Buchst. c LG 12/2007)
- Optimiert die Verwendung des Immobilienvermögens der beteiligten Verwaltung (Art. 1 Abs. 4/ter LG 12/2007)

Die Begründungen hinsichtlich der Rückführbarkeit bzw. der Nicht-Rückführbarkeit auf die Zwecke laut Art. 1 LG 12/2007 Abs. 4 mit Bezug auf eine der Tätigkeiten laut Abs. 4/bis und 4/ter angeben:

Die Gesellschaft verwaltet mit rein öffentlicher Beteiligung als In-House-Einrichtung öffentliche Dienstleistungen von allgemeinem Interesse, die auf die Befriedigung der primären Bedürfnisse der Bevölkerung ausgerichtet sind und somit die Erfüllung der institutionellen Ziele der Stadtgemeinde Bozen ergänzen.  
Zu den Tätigkeiten der Gesellschaft zählen:  
- die Trinkwasserversorgung und die Abwasserentsorgung samt dazugehörigen Diensten, inklusive außerordentliche Instandhaltung und Ausbau des Versorgungsnetzes und der Anlagen;  
- Verteilung von Gas, inklusive außerordentliche Instandhaltung und Ausbau des Versorgungsnetzes und der Anlagen;  
- Produktion, Transport und Verteilung von Fernwärme und anderer Energiequellen;  
- Abfallbewirtschaftung und Umweltschutz;  
- Führung von Parkplätzen und eines Sportplatzes.  
Die Beteiligung fällt unter die zulässigen Kategorien gemäß Art. 1 L.G. 12/2007.

(a): Eine fortlaufende Nr. die bereits im Arbeitsblatt "Bestandsaufnahme" angegeben wurde (02.01; 02.02).

(b): Die Bezeichnung der Gesellschaft angeben, wie sie bereits im Arbeitsblatt "Bestandsaufnahme" angegeben wurde (02.01; 02.02).

(c): Die Art der Beteiligung angeben, wobei zu unterscheiden ist, ob es sich um eine direkte Beteiligung, eine indirekte Beteiligung (über eine andere Gesellschaft/Einrichtung), oder aber um eine teils direkte und teils indirekte Beteiligung handelt.

(d): Die Tätigkeit angeben wie sie bereits im Arbeitsblatt "Bestandsaufnahme" angegeben wurde (02.01; 02.02).

### 03. VORAUSSETZUNGEN

03.01. Verfolgte Zwecke und zulässige Tätigkeiten (Art. 1 Abs. 4, 4/bis und 4/ter LG 12/2007)

<b>Fortlaufende Nr. beteil. Gesellschaft:</b>	Dir_12	(a)
<b>Bezeichnung der beteil. Gesellschaft:</b>	Unifarm AG	(b)
<b>Art der Beteiligung:</b>	Direkte Beteiligung	(c)
<b>Durchgeführte Tätigkeit:</b>	Großhandel mit Medikamenten und anderen rezeptfreien Apothekenartikeln	(d)

**Angeben ob die Gesellschaft:**

- Sie ist eine besondere öffentlich beteiligte Gesellschaft
- Sie hat als ausschließlichen Zweck die Verwaltung von europäischen Mitteln für den Staat oder die Regionen, bzw. die Umsetzung von Projekten im Bereich Forschung, die von den Institutionen der Europäischen Union finanziert werden (Art. 26, Abs. 2 GvD 175/2016)
- Sie ist mit Beschluss gemäß Art. 4 Abs. 9, zweiter Satz, GvD 175/2016 vollständig oder teilweise von der Anwendung der Bestimmungen des besagten Artikels ausgeschlossen worden (**nur für die von der Autonomen Provinz beteiligten Gesellschaften**)
- Sie ist Empfängerin von Maßnahmen gemäß GvD 159/2011 (Art. 26, Abs. 12-bis, GvD 175/2016)
- Sie hat Ermächtigungen im Bereich Spielwesen (case da gioco), gemäß der geltenden Rechtsordnung (Art. 26, Abs. 12-sexies, GvD 175/2016)
- Falls keine der Optionen laut den obigen Punkten ausgewählt worden ist, angeben ob die Gesellschaft:**
- Gegründet ist in Umsetzung von Art. 34 der EU-Verordnung Nr. 13/2013 - Lokale Aktionsgruppen (Art. 4, Abs. 6, GvD 175/2016)
- Als vorwiegenden Gesellschaftszweck die Führung von Messeflächen und die Organisation von Messeevents hat (Art. 1 Abs. 4/bis Buchst. e LG 12/2007)
- Als vorwiegenden Gesellschaftszweck die Realisierung und Führung von Seilbahnanlagen für die Mobilität im Bereich Tourismus und Sport in alpinem Gelände hat (Art. 1 Abs. 4/bis Buchst. e LG 12/2007)
- Als vorwiegenden Gesellschaftszweck die Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Quellen hat (Art. 1, Abs. 4/bis, Buchst. e, LG 12/2007)
- Eigenschaften eines universitären spin off's oder start up's hat, oder gleichwertige Eigenschaften wie jene von Forschungseinrichtungen, bzw. sie betreibt landwirtschaftliche Betriebe mit Lehrzwecken (Art. 4, Abs. 8 GvD 175/2016)
- Eine Dienstleistung von allgemeinem Interesse im Bereich der Netze (gemäß Art. 3-bis des GD 138/2011) außerhalb des Einzugsgebietes der betroffenen Gemeinschaft erbringt, mittels Vergabe von sich in der Durchführungsphase befindenden und neuen Dienstleistungen durch öffentliche Vergabeverfahren (Art. 1 Abs. 4/ter, LG 12/2007; Art. 4, Abs. 9-bis GvD 175/2016)
- Güter und Dienstleistungen, die zur Verfolgung des institutionellen Zweckes der Körperschaft unerlässlich sind, produziert (Art. 1 Abs. 4 LG 12/2007)
- Dienstleistungen von allgemeinem Interesse herstellt (Art. 1 Abs. 4/bis Buchst. a LG 12/2007)
- Projektiert, realisiert und führt ein öffentliches Bauwerk, auf der Grundlage einer Programmvereinbarung zwischen öffentlichen Verwaltungen oder organisiert und verwaltet einen Dienst von allgemeinem Interesse mittels Partnerschaftsabkommen im Sinne der geltenden Bestimmungen im Bereich der öffentlichen Verträge (Art. 1 Abs. 4/bis Buchst. b LG 12/2007)
- Schafft bzw. erbringt Güter oder Hilfsdienste für die Körperschaft oder für die beteiligten öffentlichen Körperschaften (Art. 1 Abs. 4/bis Buchst. d LG 12/2007)
- Führt Beschaffungsdienste durch (Art. 1 Abs. 4/bis Buchst. c LG 12/2007)
- Optimiert die Verwendung des Immobilienvermögens der beteiligten Verwaltung (Art. 1 Abs. 4/ter LG 12/2007)

Die Begründungen hinsichtlich der Rückführbarkeit bzw. der Nicht-Rückführbarkeit auf die Zwecke laut Art. 1 LG 12/2007 Abs. 4 mit Bezug auf eine der Tätigkeiten laut Abs. 4/bis und 4/ter angeben:

Die Stadtgemeinde Bozen ist Eigentümerin und Verwalterin einiger Apotheken. Dies ist auf die Gesetzesreserve zurückzuführen, die in Art. 9 des Gesetzes Nr. 475/1968 enthalten ist und gemäß welcher die Inhaberschaft von Apotheken zum Teil von Gemeindeverwaltungen übernommen werden kann. Der Gesetzgeber selbst hat die Ausübung einer pharmazeutischen Tätigkeit als eine Tätigkeit definiert, die der Umsetzung von institutionellen Zielen der lokalen Körperschaften dient und damit zusammenhängt. Zu den Tätigkeiten der Gesellschaft zählen die Verteilung von Arzneimitteln und parapharmazeutischen Produkten, die Betreuung und Instandhaltung von Soft- und Hardware sowie die Tierierung, Kontrolle und Reparatur von elektrischen medizinischen Geräten. Die Beteiligung an der Gesellschaft ist eng an die Gesamtstrategie bezüglich der Inhaberschaft und Verwaltung der Gemeindeapotheken gebunden, und sie ist mit den institutionellen Zielen der Körperschaft hinsichtlich der vielschichtigen Verbindungen mit der Erbringung von instrumentellen Diensten des Gemeindepapothekendienstes kohärent. Für die Apothekeninhaber, die Mitglieder sind, bietet Unifarm Dienstleistungen zu günstigen Preisen an. Weiters wird festgestellt, dass die Tätigkeiten von Unifarm in direktem Zusammenhang mit der Gesundheit der Bevölkerung steht. Die Beteiligung erfüllt daher die Vorgaben in den Landes- und Staatsgesetzen.

(a): Eine fortlaufende Nr. die bereits im Arbeitsblatt "Bestandsaufnahme" angegeben wurde (02.01; 02.02).  
(b): Die Bezeichnung der Gesellschaft angeben, wie sie bereits im Arbeitsblatt "Bestandsaufnahme" angegeben wurde (02.01; 02.02).  
(c): Die Art der Beteiligung angeben, wobei zu unterscheiden ist, ob es sich um eine direkte Beteiligung, eine indirekte Beteiligung (über eine andere Gesellschaft/Einrichtung), oder aber um eine teils direkte und teils indirekte Beteiligung handelt.  
(d): Die Tätigkeit angeben wie sie bereits im Arbeitsblatt "Bestandsaufnahme" angegeben wurde (02.01; 02.02).

**03. VORAUSSETZUNGEN**

03.02. Voraussetzungen Art. 1 Abs. 5/bis LG 12/2007

Fortlaufende Nr. beteil. Gesellschaft:  (a)

Bezeichnung der beteil. Gesellschaft:  (b)

Art der Beteiligung:  (c)

Durchgeführte Tätigkeit:  (d)

Folgende Daten mit Bezug auf das Geschäftsjahr 2023 angeben:

Durchschnittliche Anzahl Angestellte (e)	322,00
Anzahl Verwaltungsratsmitglieder	6
davon von der Körperschaft ernannt	2
Anzahl Mitglieder des Kontrollorgans	6
davon von der Körperschaft ernannt	3

Beträge in Euro

Kosten des Personals (f)	26.376.000,00
Vergütung Verwaltungsratsmitglieder	160.000,00
Vergütung Mitglieder des Kontrollorgans	250.000,00

Beträge in Euro

ERGEBNIS DES GESCHÄFTSJAHRES (g)	
2023	39.557.841,00
2022	34.157.154,00
2021	31.374.926,00
2020	30.518.726,00
2019	27.615.944,00

Beträge in Euro

UMSATZ (FATTURATO)	
2023	77.708.537,00
2022	66.004.551,00
2021	38.703.469,00
DURCHSCHN. UMSATZ (fatturato)	60.805.519,00

Beträge für laufende Ausgaben:

2022	138.240,20
2021	129.042,31
2020	95.901,99

Vorhandensein der Bedingungen laut Art. 1 Abs. 5/bis LG 12/2007:

- Die Beteiligung fällt in keine der Kategorien laut Art. 1 Abs. 4, 4/bis und 4/ter LG 12/2007 fallen (Art. 1 Abs. 5/bis Buchst. a LG 12/2007)
- Gesellschaft ohne Angestellte (die sich nur aus Verwaltern zusammensetzt) oder die sich aus einer höheren Anzahl an Verwaltern als Angestellten zusammensetzt (Art. 1 Abs. 5/bis Buchst. b LG 12/2007)
- Gesellschaft, die gleiche oder ähnliche Tätigkeiten wie andere beteiligte Gesellschaften oder Hilfskörperschaften ausübt (Art. 1 Abs. 5/bis Buchst. c LG 12/2007)

Angaben welche Gesellschaften/Hilfskörperschaften

- Durchschnittlicher Umsatz von nicht mehr als 1.000.000 Euro im vorhergehenden Dreijahreszeitraum (Art. 1 Abs. 5/bis Buchst. d LG 12/2007)
- Gesellschaft, die ein negatives Ergebnis in vier der letzten fünf Jahre erzielt hat (für Gesellschaften die keine Dienste von allgemeinem Interesse verwalten) (Art. 1 Abs. 5/bis Buchst. e LG 12/2007)
- Notwendigkeit der Eindämmung der Betriebskosten (Art. 1 Abs. 5/bis Buchst. f LG 12/2007)
- Notwendigkeit zur Eingliederung mit anderen Gesellschaften, die gemäß Art. 1 Abs. 4, 4/bis und 4/ter LG 12/2007 erlaubte Tätigkeiten zum Gegenstand haben (Art. 1 Abs. 5/bis Buchst. g LP 12/2007)

Die Begründungen hinsichtlich des Vorhandenseins bzw. des Nicht-Vorhandenseins der Bedingungen laut der vorhergehenden Punkte angeben:

Zu setzende Maßnahmen:

(a): Die fortlaufende Nr. angeben, die bereits im Arbeitsblatt "Bestandsaufnahme" angegeben wurde (02.01; 02.02).  
 (b): Die Bezeichnung der Gesellschaft angeben wie sie bereits im Arbeitsblatt "Bestandsaufnahme" angegeben wurde (02.01; 02.02).  
 (c): Die Art der Beteiligung angeben, wobei zu unterscheiden ist, ob es sich um eine direkte Beteiligung, eine indirekte Beteiligung (über eine andere Gesellschaft/Einrichtung), oder aber um eine teils direkte und teils indirekte Beteiligung handelt.  
 (d): Die Tätigkeit angeben wie sie bereits im Arbeitsblatt "Bestandsaufnahme" angegeben wurde (02.01; 02.02).  
 (e): Die durchschnittliche Anzahl an Angestellten laut Anhang zur Bilanz angeben.  
 (f): Die Angabe laut Posten B9 der Gewinn- und Verlustrechnung (G+V) einfügen.  
 (g): Das Ergebnis des Geschäftsjahres abzüglich der Steuern anführen.

**03. VORAUSSETZUNGEN**

03.02. Voraussetzungen Art. 1 Abs. 5/bis LG 12/2007

**Fortlaufende Nr. betell. Gesellschaft:**  (a)

**Bezeichnung der betell. Gesellschaft:**  (b)

**Art der Beteiligung:**  (c)

**Durchgeführte Tätigkeit:**  (d)

Folgende Daten mit Bezug auf das Geschäftsjahr 2023 angeben:

		Beträge in Euro	
Durchschnittliche Anzahl Angestellte (a)	52,35	Kosten des Personals (f)	3.718.948,00
Anzahl Verwaltungsratsmitglieder	3	Vergütung Verwaltungsratsmitglieder	43.380,00
davon von der Körperschaft ernannt	0	Vergütung Mitglieder des Kontrollorgans	31.424,00
Anzahl Mitglieder des Kontrollorgans	5		
davon von der Körperschaft ernannt	0		

(inkl. 4,29 abkommandiertes Personal von der Aut. Prov. BZ)  
Gremium von der Gesellschafterversammlung ernannt  
(2 Ersatzmitglieder)  
Gremium von der Gesellschafterversammlung ernannt

Beträge in Euro		Beträge in Euro	
<b>ERGEBNIS DES GESCHÄFTSJAHRES (g)</b>		<b>UMSATZ (fATTURATO)</b>	
2023	164.957,00	2023	6.592.305,00
2022	265.801,00	2022	5.881.828,00
2021	121.988,00	2021	4.391.776,00
2020	-22.914,00	<b>DURCHSCHN. UMSATZ (fatturato)</b>	<b>5.821.970,33</b>
2019	495.640,00		

inkl. Kosten des abkommandierten Personals der Aut. Prov. BZ

Beträge für laufende Ausgaben:

Jahr	Betrag	Bemerkung
2022	3.375,00	Beträge für die Aufnahme von Menschen mit Behinderung 2020 (Art. 15 Absatz 1 des L.G. Nr. 7/2015)
2021	3.383,00	Schenkungsbeitrag „Decreto Comuni Rostini“ (Art. 60 Absatz 7 – sextus GD 10/4/14.08.2020) - COVID
2020	72.978,00	Schenkungsbeitrag „Decreto Sostegni Bis“ (Art. 1 Absatz 16 GD 73/25.05.2021) - COVID

Vorhandensein der Bedingungen laut Art. 1 Abs. 5/bis LG 12/2007:

- Die Beteiligung fällt in keine der Kategorien laut Art. 1 Abs. 4, 4/bis und 4/ter LG 12/2007 fallen (Art. 1 Abs. 5/bis Buchst. a LG 12/2007)
- Gesellschaft ohne Angestellte (die sich nur aus Verwaltern zusammensetzt) oder die sich aus einer höheren Anzahl an Verwaltern als Angestellten zusammensetzt (Art. 1 Abs. 5/bis Buchst. b LG 12/2007)
- Gesellschaft, die gleiche oder ähnliche Tätigkeiten wie andere beteiligte Gesellschaften oder Hilfskörperschaften ausübt (Art. 1 Abs. 5/bis Buchst. c LG 12/2007)

Angeben welche Gesellschaften/Hilfskörperschaften

- Durchschnittlicher Umsatz von nicht mehr als 1.000.000 Euro im vorhergehenden Dreijahreszeitraum (Art. 1 Abs. 5/bis Buchst. d LG 12/2007)
- Gesellschaft, die ein negatives Ergebnis in vier der letzten fünf Jahre erzielt hat (für Gesellschaften die keine Dienste von allgemeinem Interesse verwalteten) (Art. 1 Abs. 5/bis Buchst. e LG 12/2007)
- Notwendigkeit der Eindämmung der Betriebskosten (Art. 1 Abs. 5/bis Buchst. f LG 12/2007)
- Notwendigkeit zur Eingliederung mit anderen Gesellschaften, die gemäß Art. 1 Abs. 4, 4/bis und 4/ter LG 12/2007 erlaubte Tätigkeiten zum Gegenstand haben (Art. 1 Abs. 5/bis Buchst. q LP 12/2007)

Die Begründungen hinsichtlich des Vorhandenseins bzw. des Nicht-Vorhandenseins der Bedingungen laut der vorhergehenden Punkte angeben:

Die Gesellschaft erbringt Dienstleistungen von allgemeinem Interesse gemäß Buchstabe a) von Art. 1, Absatz 4/bis des L.G. 12/2007. Sie hat in den vergangenen 5 Jahren Betriebsgewinne gemacht, die über den Grenzwert laut Art. 5/bis des L.G. 12/2007 lagen. Es liegen keine der Voraussetzungen in Art. 1, Abs. 5/bis des L.G. 12/2007 vor. Die Beteiligung muss daher keinen Rationalisierungsmaßnahmen unterworfen werden (Voruntersuchung zu den Akten gelegt).

Die Bilanz 2020 weist ein negatives Betriebsergebnis aus, das vor allem auf die Aussetzung der Zwangseintreibungen ab März 2020 zurückzuführen ist. Es handelt sich um ein unvorhersehbares Ereignis, und der Bilanzbericht hat das Vorhandensein von bedeutsamen Unsicherheiten ausgeschlossen.

Die Indizes der Bilanz, die im Bericht über die Entwicklung der Gesellschaft angeführt sind, weisen auch keine kritischen Punkte auf. Aus diesen Gründen wird befunden, dass keine Rationalisierungsmaßnahmen notwendig sind.

Zu setzende Maßnahmen:

Beibehaltung ohne Rationalisierungsmaßnahmen.

(a): Die fortlaufende Nr. angeben, die bereits im Arbeitsblatt "Bestandsaufnahme" angegeben wurde (02.01; 02.02).  
 (b): Die Bezeichnung der Gesellschaft angeben wie sie bereits im Arbeitsblatt "Bestandsaufnahme" angegeben wurde (02.01; 02.02).  
 (c): Die Art der Beteiligung angeben, wobei zu unterscheiden ist, ob es sich um eine direkte Beteiligung, eine indirekte Beteiligung (über eine andere Gesellschaft/Einrichtung), oder aber um eine teils direkte und teils indirekte Beteiligung handelt.  
 (d): Die Tätigkeit angeben wie sie bereits im Arbeitsblatt "Bestandsaufnahme" angegeben wurde (02.01; 02.02).  
 (e): Die durchschnittliche Anzahl an Angestellten laut Anhang zur Bilanz angeben.  
 (f): Die Angabe laut Posten B9 der Gewinn- und Verlustrechnung (G+V) einfügen.  
 (g): Das Ergebnis des Geschäftsjahres abzüglich der Steuern anführen.

**03. VORAUSSETZUNGEN**

03.02. Voraussetzungen Art. 1 Abs. 5/bis LG 12/2007

Fortlaufende Nr. beteil. Gesellschaft:  (a)

Bezeichnung der beteil. Gesellschaft:  (b)

Art der Beteiligung:  (c)

Durchgeführte Tätigkeit:  (d)

Folgende Daten mit Bezug auf das Geschäftsjahr 2023 angeben:

		Beträge in Euro	
Durchschnittliche Anzahl Angestellte (a)	0	Kosten des Personals (f)	0,00
Anzahl Verwaltungsratsmitglieder	4	Vergütung Verwaltungsratsmitglieder	0,00
davon von der Körperschaft ernannt	2	Vergütung Mitglieder des Kontrollorgans	5.508,00
Anzahl Mitglieder des Kontrollorgans	5		
davon von der Körperschaft ernannt	3		

(Gremium von der Gesellschafterversammlung ernannt, 2 Mitglieder auf Vorschlag der Gemeinde)

(2 Ersatzmitglieder)

(2 effektive Mitglieder + 1 Ersatzmitglied)

ERGEBNIS DES GESCHÄFTSJAHRES (g)		UMSATZ (FATTURATO)	
2023	-25.923,00	2023	0,00
2022	-24.709,00	2022	0,00
2021	-24.779,00	2021	1,00
2020	-33.765,00	DURCHSCHN. UMSATZ (fatturato)	0,33
2019	-45.184,00		

Beiträge für laufende Ausgaben:

2023	0,00
2022	0,00
2021	0,00

Vorhandensein der Bedingungen laut Art. 1 Abs. 5/bis LG 12/2007:

- Die Beteiligung fällt in keine der Kategorien laut Art. 1 Abs. 4, 4/bis und 4/ter LG 12/2007 fallen (Art. 1 Abs. 5/bis Buchst. a LG 12/2007)
- Gesellschaft ohne Angestellte (die sich nur aus Verwaltern zusammensetzt) oder die sich aus einer höheren Anzahl an Verwaltern als Angestellten zusammensetzt (Art. 1 Abs. 5/bis Buchst. b LG 12/2007)
- Gesellschaft, die gleiche oder ähnliche Tätigkeiten wie andere beteiligte Gesellschaften oder Hilfskörperschaften ausübt (Art. 1 Abs. 5/bis Buchst. c LG 12/2007)

Angeben welche Gesellschaften/Hilfskörperschaften

- Durchschnittlicher Umsatz von nicht mehr als 1.000.000 Euro im vorhergehenden Dreijahreszeitraum (Art. 1 Abs. 5/bis Buchst. d LG 12/2007)
- Gesellschaft, die ein negatives Ergebnis in vier der letzten fünf Jahre erzielt hat (für Gesellschaften die keine Dienste von allgemeinem Interesse verwalten) (Art. 1 Abs. 5/bis Buchst. e LG 12/2007)
- Notwendigkeit der Eindämmung der Betriebskosten (Art. 1 Abs. 5/bis Buchst. f LG 12/2007)
- Notwendigkeit zur Eingliederung mit anderen Gesellschaften, die gemäß Art. 1 Abs. 4, 4/bis und 4/ter LG 12/2007 erlaubte Tätigkeiten zum Gegenstand haben (Art. 1 Abs. 5/bis Buchst. q LP 12/2007)

Die Begründungen hinsichtlich des Vorhandenseins bzw. des Nicht-Vorhandenseins der Bedingungen laut der vorhergehenden Punkte angeben:

Die Beteiligung zählt zu den Beteiligungen gemäß Art. 1, Abs. 4/bis und 4/ter des L.G. 12/2007 und Art. 4 des TUSP (Einheitstextes der Gesetze über Gesellschaften mit öffentlicher Beteiligung), da die Gesellschaft eine öffentliche Einrichtung auf der Grundlage einer programmatischen Vereinbarung verwirklicht.

Die Gesellschaft hat keine Angestellten, sie hat aber einen Verwaltungsrat, deren Mitglieder keine Sitzungsgelder erhalten. Der dreijährige Finanzplan 2025 - 2027 der Gesellschaft sieht ausschließlich die Fixkosten von 30.000,00 € pro Jahr vor, deren Deckung durch die noch verfügbaren Reserven und das Gesellschaftskapital garantiert wird.

Die Verluste hängen mit dem Gesellschaftszweck zusammen und sind auf Investitionen im Zusammenhang mit der durchgeführten Tätigkeit zurückzuführen sowie auf die geplante Veräußerung der Gesellschaft im Rahmen eines Wettbewerbs, wodurch die Investitionen wieder hereingeholt werden.

Wie auch aus dem Schreiben der Gesellschaft vom 18. November 2024 hervorgeht, das in der Dienststelle für die Kontrolle der Gesellschaften mit Gemeindebeteiligung und konsolidierter Jahreshaushalt hinterlegt ist, hängen die Verluste mit dem Gesellschaftszweck zusammen. Sie sind auf die Investitionen in die durchgeführten Tätigkeiten zurückzuführen, die vorbereitende Maßnahmen für die künftige Ausschreibung sind, mit der die Gesellschaft abgetreten werden soll, bzw. für die Beauftragung der Gesellschaft mit der Umsetzung des Umgestaltungsprojektes und somit mit der Rückgewinnung der getätigten Investitionen.

Zu setzende Maßnahmen:

Hinsichtlich des Verfahrens für die Umsetzung des Projekts für die Umgestaltung des Bahnhofsgeländes war ursprünglich die Ausarbeitung einer Ausschreibung für die Abtretung der Gesellschaft geplant. Gegenstand der öffentlichen Ausschreibung sind die Gesellschaftsanteile und das Bauprojekt, wie aus den vorhergehenden Rationalisierungsplänen hervorgeht.

Aufgrund der Komplexität der Operationen und der veränderten wirtschaftlichen Situation haben die Vertragsparteien, die das Rahmenprogramm unterzeichnet haben, mit der Vereinbarung vom 13.12.2022 eine Zusatzvereinbarung abgeschlossen, die eine Neubewertung der vertraglichen Grundlagen vorsieht, um verschiedene Szenarien zu analysieren und zu bewerten.

Die Analysen und Bewertungen sind noch nicht abgeschlossen, und erst nach ihrem Abschluss kann die endgültige Vorgehensweise definiert werden. Daher wird die Areal Bozen GmbH zum heutigen Zeitpunkt als strategisch wichtig für die Verwirklichung des Vorhabens eingestuft, und zwar aufgrund der Tatsache, dass die Gesellschaft das Projekt über die städtebauliche Umgestaltung des Bahnhofsgeländes hält, sowie in Erwartung der Ausschreibung für ihre Abtretung bzw. der Beauftragung der Gesellschaft mit der Verwirklichung des Umgestaltungsprojektes, wie sie es entwickelt hat. Aus diesen Gründen wird die Beibehaltung der Gesellschaft ohne Rationalisierungsmaßnahmen empfohlen.

- (a): Die fortlaufende Nr. angeben, die bereits im Arbeitsblatt "Bestandsaufnahme" angegeben wurde (02.01; 02.02).
- (b): Die Bezeichnung der Gesellschaft angeben wie sie bereits im Arbeitsblatt "Bestandsaufnahme" angegeben wurde (02.01; 02.02).
- (c): Die Art der Beteiligung angeben, wobei zu unterscheiden ist, ob es sich um eine direkte Beteiligung, eine indirekte Beteiligung (über eine andere Gesellschaft/Einrichtung), oder aber um eine teils direkte und teils indirekte Beteiligung handelt.
- (d): Die Tätigkeit angeben wie sie bereits im Arbeitsblatt "Bestandsaufnahme" angegeben wurde (02.01; 02.02).
- (e): Die durchschnittliche Anzahl an Angestellten laut Anhang zur Bilanz angeben.
- (f): Die Angabe laut Posten B9 der Gewinn- und Verlustrechnung (G+V) einfügen.
- (g): Das Ergebnis des Geschäftsjahres abzüglich der Steuern angeben.

**03. VORAUSSETZUNGEN**

03.02. Voraussetzungen Art. 1 Abs. 5/bis LG 12/2007

**Fortlaufende Nr. beteil. Gesellschaft:**  (a)

**Bezeichnung der beteil. Gesellschaft:**  (b)

**Art der Beteiligung:**  (c)

**Durchgeführte Tätigkeit:**  (d)

Folgende Daten mit Bezug auf das Geschäftsjahr 2023 angeben:

Durchschnittliche Anzahl Angestellte (e)	939
Anzahl Verwaltungsratsmitglieder	14
davon von der Körperschaft ernannt	0
Anzahl Mitglieder des Kontrollorgans	7
davon von der Körperschaft ernannt	0

(5 effektive Mitglieder 2 Ersatzmitglieder)

Beträge in Euro

Kosten des Personals (f)	89.749.366,00
Vergütung Verwaltungsratsmitglieder	466.033,00
Vergütung Mitglieder des Kontrollorgans	140.000,00

Beträge in Euro

ERGEBNIS DES GESCHÄFTSJAHRES (g)	
2023	80.032.087,00
2022	93.547.897,00
2021	56.951.297,00
2020	20.286.514,00
2019	87.086.911,00

Beträge in Euro

UMSATZ (FATTURATO)	
2023	416.328.478,00
2022	463.511.953,00
2021	320.006.864,00
<b>DURCHSCHN. UMSATZ (fatturato)</b>	<b>409.949.097,67</b>

Beträge für laufende Ausgaben:

2023	3.005.091,00	Beträge für Sondertarif GSE und Dolomiti Energia, Beträge Europäische Gemeinschaft und Fondimpresa, Steuerguthaben gegenüber dem italienischen Staat, Werbetonus
2022	1.814.321,00	
2021	762.401,00	

Vorhandensein der Bedingungen laut Art. 1 Abs. 5/bis LG 12/2007:

- Die Beteiligung fällt in keine der Kategorien laut Art. 1 Abs. 4, 4/bis und 4/ter LG 12/2007 fallen (Art. 1 Abs. 5/bis Buchst. a LG 12/2007)
- Gesellschaft ohne Angestellte (die sich nur aus Verwaltern zusammensetzt) oder die sich aus einer höheren Anzahl an Verwaltern als Angestellten zusammensetzt (Art. 1 Abs. 5/bis Buchst. b LG 12/2007)
- Gesellschaft, die gleiche oder ähnliche Tätigkeiten wie andere beteiligte Gesellschaften oder Hilfskörperschaften ausübt (Art. 1 Abs. 5/bis Buchst. c LG 12/2007)

Angeben welche Gesellschaften/Hilfskörperschaften

- Durchschnittlicher Umsatz von nicht mehr als 1.000.000 Euro im vorhergehenden Dreijahreszeitraum (Art. 1 Abs. 5/bis Buchst. d LG 12/2007)
- Gesellschaft, die ein negatives Ergebnis in vier der letzten fünf Jahre erzielt hat (für Gesellschaften die keine Dienste von allgemeinem Interesse verwalten) (Art. 1 Abs. 5/bis Buchst. e LG 12/2007)
- Notwendigkeit der Eindämmung der Betriebskosten (Art. 1 Abs. 5/bis Buchst. f LG 12/2007)
- Notwendigkeit zur Eingliederung mit anderen Gesellschaften, die gemäß Art. 1 Abs. 4, 4/bis und 4/ter LG 12/2007 erlaubte Tätigkeiten zum Gegenstand haben (Art. 1 Abs. 5/bis Buchst. q LP 12/2007)

Die Begründungen hinsichtlich des Vorhandenseins bzw. des Nicht-Vorhandenseins der Bedingungen laut der vorhergehenden Punkte angeben:

Die Gesellschaft zählt zu den Kategorien in Art. 1, Absatz 4 und 4/bis des L.G. 12/2007. Es liegen keine der Voraussetzungen in Art. 1, Abs. 5/bis des L.G. 12/2007 vor. Es wird präzisiert, dass die Zusammensetzung des Verwaltungsrates und die Sitzungsgelder vom Regionalgesetz 4/2007 und vom Beschluss der Autonomen Region Trentino-Südtirol Nr. 206 vom 01.07.2008 geregelt werden. Mit ausdrücklichem Verweis auf den Buchstaben f) von Abs. 5/bis Art. 1 des L.G. 12/2007 wird festgestellt, dass die Bilanzen der vergangenen fünf Jahre ein positives Betriebsergebnis ausgewiesen haben, der Einbruch im Jahr 2020 ist auf einen Rückgang der Einnahmen zurückzuführen, die durch die Einschränkung der Bewegungsfreiheit wegen des epidemiologischen Gesundheitsnotstandes bedingt wurden. Es wird daher befunden, dass keine Rationalisierungsmaßnahmen notwendig sind.

Zu setzende Maßnahmen:

Beibehaltung ohne Rationalisierungsmaßnahmen.

- (a): Die fortlaufende Nr. angeben, die bereits im Arbeitsblatt "Bestandsaufnahme" angegeben wurde (02.01; 02.02).
- (b): Die Bezeichnung der Gesellschaft angeben wie sie bereits im Arbeitsblatt "Bestandsaufnahme" angegeben wurde (02.01; 02.02).
- (c): Die Art der Beteiligung angeben, wobei zu unterscheiden ist, ob es sich um eine direkte Beteiligung, eine indirekte Beteiligung (über eine andere Gesellschaft/Einrichtung), oder aber um eine teils direkte und teils indirekte Beteiligung handelt
- (d): Die Tätigkeit angeben wie sie bereits im Arbeitsblatt "Bestandsaufnahme" angegeben wurde (02.01; 02.02).
- (e): Die durchschnittliche Anzahl an Angestellten laut Anhang zur Bilanz angeben.
- (f): Die Angabe laut Posten B9 der Gewinn- und Verlustrechnung (G+V) einfügen.
- (g): Das Ergebnis des Geschäftsjahres abzüglich der Steuern anführen.

**03. VORAUSSETZUNGEN**

03.02. Voraussetzungen Art. 1 Abs. 5/bis LG 12/2007

Fortlaufende Nr. beteil. Gesellschaft:  (a)

Bezeichnung der beteil. Gesellschaft:  (b)

Art der Beteiligung:  (c)

Durchgeführte Tätigkeit:  (d)

Folgende Daten mit Bezug auf das Geschäftsjahr 2023 angeben:

Durchschnittliche Anzahl Angestellte (a)	440
Anzahl Verwaltungsratsmitglieder	13
davon von der Körperschaft ernannt	0
Anzahl Mitglieder des Kontrollorgans	5 (2 Ersatzmitglieder)
davon von der Körperschaft ernannt	0

Beträge in Euro	
Kosten des Personals (f)	29.272.000,00
Vergütung Verwaltungsratsmitglieder	381.000,00
Vergütung Mitglieder des Kontrollorgans	155.000,00

Beträge in Euro	
<b>ERGEBNIS DES GESCHÄFTSJAHRES (g)</b>	
2023	27.134.631,00
2022	11.586.910,00
2021	9.535.363,00
2020	6.403.378,00
2019	6.268.000,00

Beträge in Euro	
<b>UMSATZ (FATTURATO)</b>	
2023	115.852.129,00
2022	77.494.972,00
2021	64.329.235,00
<b>DURCHSCHN. UMSATZ (fatturato)</b>	<b>85.892.112,00</b>

Vorhandensein der Bedingungen laut Art. 1 Abs. 5/bis LG 12/2007:

- Die Beteiligung fällt in keine der Kategorien laut Art. 1 Abs. 4, 4/bis und 4/ter LG 12/2007 fallen (Art. 1 Abs. 5/bis Buchst. a LG 12/2007)
- Gesellschaft ohne Angestellte (die sich nur aus Verwaltern zusammensetzt) oder die sich aus einer höheren Anzahl an Verwaltern als Angestellten zusammensetzt (Art. 1 Abs. 5/bis Buchst. b LG 12/2007)
- Gesellschaft, die gleiche oder ähnliche Tätigkeiten wie andere beteiligte Gesellschaften oder Hilfskörperschaften ausübt (Art. 1 Abs. 5/bis Buchst. c LG 12/2007)

Angeben welche Gesellschaften/Hilfskörperschaften

- Durchschnittlicher Umsatz von nicht mehr als 1.000.000 Euro im vorhergehenden Dreijahreszeitraum (Art. 1 Abs. 5/bis Buchst. d LG 12/2007)
- Gesellschaft, die ein negatives Ergebnis in vier der letzten fünf Jahre erzielt hat (für Gesellschaften die keine Dienste von allgemeinem Interesse verwalten) (Art. 1 Abs. 5/bis Buchst. e LG 12/2007)
- Notwendigkeit der Eindämmung der Betriebskosten (Art. 1 Abs. 5/bis Buchst. f LG 12/2007)
- Notwendigkeit zur Eingliederung mit anderen Gesellschaften, die gemäß Art. 1 Abs. 4, 4/bis und 4/ter LG 12/2007 erlaubte Tätigkeiten zum Gegenstand haben (Art. 1 Abs. 5/bis Buchst. g LP 12/2007)

Die Begründungen hinsichtlich des Vorhandenseins bzw. des Nicht-Vorhandenseins der Bedingungen laut der vorhergehenden Punkte angeben:

Es liegen keine der Voraussetzungen in Art. 1, Abs. 5/bis des L.G. 12/2007 vor.  
 Mit ausdrücklichem Bezug auf die Voraussetzung unter Buchstabe f) des Landesgesetzes ist die Differenz zwischen dem Umsatz und den Betriebskosten im vergangenen Dreijahreszeitraum positiv. Es wird daher befunden, dass keine Rationalisierungsmaßnahmen notwendig sind.

Zu setzende Maßnahmen:

Beibehaltung ohne Rationalisierungsmaßnahmen.

(a): Die laufende Nr. angeben, die bereits im Arbeitsblatt "Bestandsaufnahme" angegeben wurde (02.01.; 02.02).  
 (b): Die Bezeichnung der Gesellschaft angeben wie sie bereits im Arbeitsblatt "Bestandsaufnahme" angegeben wurde (02.01.; 02.02).  
 (c): Die Art der Beteiligung angeben, wobei zu unterscheiden ist, ob es sich um eine direkte Beteiligung, eine indirekte Beteiligung (über eine andere Gesellschaft/Einrichtung), oder aber um eine teils direkte und teils indirekte Beteiligung handelt.  
 (d): Die Tätigkeit angeben wie sie bereits im Arbeitsblatt "Bestandsaufnahme" angegeben wurde (02.01.; 02.02).  
 (e): Die durchschnittliche Anzahl an Angestellten laut Anhang zur Bilanz angeben.  
 (f): Die Angabe laut Posten B9 der Gewinn- und Verlustrechnung (G+V) einfügen.  
 (g): Das Ergebnis des Geschäftsjahres abzüglich der Steuern angeben.

**03\_VORAUSSSETZUNGEN**

03.02. Voraussetzungen Art. 1 Abs. 5/bis LG 12/2007

**Fortlaufende Nr. beteil. Gesellschaft:**  (a)

**Bezeichnung der beteil. Gesellschaft:**  (b)

**Art der Beteiligung:**  (c)

**Durchgeführte Tätigkeit:**  (d)

Folgende Daten mit Bezug auf das Geschäftsjahr 2023 angeben:

Durchschnittliche Anzahl Angestellter (e)	92,00
Anzahl Verwaltungsratsmitglieder	17
davon von der Körperschaft ernannt	0
Anzahl Mitglieder des Kontrollorgans	5
davon von der Körperschaft ernannt	0

(Gremium von der Gesellschafterversammlung ernannt)

(2 Ersatzmitglieder)

(Gremium von der Gesellschafterversammlung ernannt)

<b>Kosten des Personals (f)</b>	6.187.776,00
Vergütung Verwaltungsratsmitglieder	20.550,00
Vergütung Mitglieder des Kontrollorgans	33.693,00

Beträge in Euro

<b>ERGEBNIS DES GESCHÄFTSJAHRES (g)</b>	
2023	164.429,00
2022	338.528,00
2021	414.142,00
2020	4.537,00
2019	-216.519,00

Beträge in Euro

<b>UMSATZ (FATTURATO)</b>	
2023	10.122.885,00
2022	9.855.115,00
2021	9.281.516,00
<b>DURCHSCHN. UMSATZ (faturato)</b>	<b>9.753.172,00</b>

Beträge in Euro

Beträge für laufende Ausgaben:

2023	4.172.733,00
2022	4.567.592,00
2021	4.286.289,00

Vorhandensein der Bedingungen laut Art. 1 Abs. 5/bis LG 12/2007:

- Die Beteiligung fällt in keine der Kategorien laut Art. 1 Abs. 4, 4/bis und 4/ter LG 12/2007 fallen (Art. 1 Abs. 5/bis Buchst. a LG 12/2007)
- Gesellschaft ohne Angestellte (die sich nur aus Verwaltern zusammensetzt) oder die sich aus einer höheren Anzahl an Verwaltern als Angestellten zusammensetzt (Art. 1 Abs. 5/bis Buchst. b LG 12/2007)
- Gesellschaft, die gleiche oder ähnliche Tätigkeiten wie andere beteiligte Gesellschaften oder Hilfskörperschaften ausübt (Art. 1 Abs. 5/bis Buchst. c LG 12/2007)

Angaben welche Gesellschaften/Hilfskörperschaften

- Durchschnittlicher Umsatz von nicht mehr als 1.000.000 Euro im vorhergehenden Dreijahreszeitraum (Art. 1 Abs. 5/bis Buchst. d LG 12/2007)
- Gesellschaft, die ein negatives Ergebnis in vier der letzten fünf Jahre erzielt hat (für Gesellschaften die keine Dienste von allgemeinem Interesse verwalten) (Art. 1 Abs. 5/bis Buchst. e LG 12/2007)
- Notwendigkeit der Eindämmung der Betriebskosten (Art. 1 Abs. 5/bis Buchst. f LG 12/2007)
- Notwendigkeit zur Eingliederung mit anderen Gesellschaften, die gemäß Art. 1 Abs. 4, 4/bis und 4/ter LG 12/2007 erlaubte Tätigkeiten zum Gegenstand haben (Art. 1 Abs. 5/bis Buchst. g LP 12/2007)

Die Begründungen hinsichtlich des Vorhandenseins bzw. des Nicht-Vorhandenseins der Bedingungen laut der vorhergehenden Punkte angeben:

Wie bereits erklärt, zählt die Beteiligung zu den Kategorien in Art. 1, Absatz 4, 4/bis und 4/ter des L.G. 12/2007, denn die Körperschaft erhält Güter und Dienstleistungen, die für die Umsetzung der Ziele notwendig sind. Es liegen keine der Voraussetzungen in Art. 1, Abs. 5/bis des L.G. 12/2007 vor. Die Beteiligung muss daher keinen Rationalisierungsmaßnahmen unterworfen werden (Voruntersuchung zu den Akten gelegt).

Zu setzende Maßnahmen:

Beibehaltung ohne Rationalisierungsmaßnahmen.

(a): Die laufende Nr. angeben, die bereits im Arbeitsblatt "Bestandsaufnahme" angegeben wurde (02.01; 02.02).  
 (b): Die Bezeichnung der Gesellschaft angeben wie sie bereits im Arbeitsblatt "Bestandsaufnahme" angegeben wurde (02.01; 02.02).  
 (c): Die Art der Beteiligung angeben, wobei zu unterscheiden ist, ob es sich um eine direkte Beteiligung, eine indirekte Beteiligung (über eine andere Gesellschaft/Einrichtung), oder aber um eine teils direkte und teils indirekte Beteiligung handelt.  
 (d): Die Tätigkeit angeben wie sie bereits im Arbeitsblatt "Bestandsaufnahme" angegeben wurde (02.01; 02.02).  
 (e): Die durchschnittliche Anzahl an Angestellten laut Anhang zur Bilanz angeben.  
 (f): Die Angabe laut Posten B9 der Gewinn- und Verlustrechnung (G+V) einfügen.  
 (g): Das Ergebnis des Geschäftsjahres abzüglich der Steuern anführen.

**03. VORAUSSETZUNGEN**

03.02. Voraussetzungen Art. 1 Abs. 5/bis LG 12/2007

**Fortlaufende Nr. beteil. Gesellschaft:**  (a)

**Bezeichnung der beteil. Gesellschaft:**  (b)

**Art der Beteiligung:**  (c)

**Durchgeführte Tätigkeit:**  (d)

Folgende Daten mit Bezug auf das Geschäftsjahr 2023 angeben:

Durchschnittliche Anzahl Angestellte (e)	212
Anzahl Verwaltungsratsmitglieder	5
davon von der Körperschaft ernannt	2
Anzahl Mitglieder des Kontrollorgans	5
davon von der Körperschaft ernannt	2

(2 Ersatzmitglieder)

Beträge in Euro

Kosten des Personals (f)	14.275.315,00
Vergütung Verwaltungsratsmitglieder	55.200,00
Vergütung Mitglieder des Kontrollorgans	40.694,00

Beträge in Euro

ERGEBNIS DES GESCHÄFTSJAHRES (g)	
2023	265.973,00
2022	586.509,00
2021	12.024,00
2020	63.399,00
2019	99.526,00

Beträge in Euro

UMSATZ (FATTURATO)	
2023	53.792.898,00
2022	65.752.618,00
2021	52.651.871,00
<b>DURCHSCHN. UMSATZ (faturato)</b>	<b>57.399.129,00</b>

Beträge für laufende Ausgaben:

2023	498.508,00	Beiträge der Autonomen Provinz Bozen für Projekte für Anlagen, Videoinspektionen und das europäische
2022	984.138,00	Projekt CORE: Steuerguthaben auf Werbung; Steuerguthaben auf Energie und Gas "Caro bollette"
2021	261.873,00	Rückerstattung Treibstoffskansen (ADM); Steuerguthaben auf Werbung und Desinfektion (COVID)

Vorhandensein der Bedingungen laut Art. 1 Abs. 5/bis LG 12/2007:

- Die Beteiligung fällt in keine der Kategorien laut Art. 1 Abs. 4, 4/bis und 4/ter LG 12/2007 fallen (Art. 1 Abs. 5/bis Buchst. a LG 12/2007)
- Gesellschaft ohne Angestellte (die sich nur aus Verwaltern zusammensetzt) oder die sich aus einer höheren Anzahl an Verwaltern als Angestellten zusammensetzt (Art. 1 Abs. 5/bis Buchst. b LG 12/2007)
- Gesellschaft, die gleiche oder ähnliche Tätigkeiten wie andere beteiligte Gesellschaften oder Hilfskörperschaften ausübt (Art. 1 Abs. 5/bis Buchst. c LG 12/2007)

Angaben welche Gesellschaften/Hilfskörperschaften

- Durchschnittlicher Umsatz von nicht mehr als 1.000.000 Euro im vorhergehenden Dreijahreszeitraum (Art. 1 Abs. 5/bis Buchst. d LG 12/2007)
- Gesellschaft, die ein negatives Ergebnis in vier der letzten fünf Jahre erzielt hat (für Gesellschaften die keine Dienste von allgemeinem Interesse verwalten) (Art. 1 Abs. 5/bis Buchst. e LG 12/2007)
- Notwendigkeit der Eindämmung der Betriebskosten (Art. 1 Abs. 5/bis Buchst. f LG 12/2007)
- Notwendigkeit zur Eingliederung mit anderen Gesellschaften, die gemäß Art. 1 Abs. 4, 4/bis und 4/ter LG 12/2007 erlaubte Tätigkeiten zum Gegenstand haben (Art. 1 Abs. 5/bis Buchst. g LP 12/2007)

Die Begründungen hinsichtlich des Vorhandenseins bzw. des Nicht-Vorhandenseins der Bedingungen laut der vorhergehenden Punkte angeben:

Die Beteiligung zählt zu den Kategorien in Art. 1, Absatz 4, 4/bis und 4/ter des L.G. 12/2007, denn die Körperschaft erhält Güter und Dienstleistungen, die für die Umsetzung der Ziele notwendig sind.  
 Es liegen keine der Voraussetzungen in Art. 1, Abs. 5/bis des L.G. 12/2007 vor. Die Beteiligung muss daher keinen Rationalisierungsmaßnahmen unterworfen werden (Voruntersuchung zu den Akten gelegt).  
 Die Bilanzdaten der vergangenen drei Jahre weisen ein positives Betriebsergebnis aus. Die Indizes der Bilanz, die im Bericht über die Entwicklung der Gesellschaft angeführt sind, weisen auch keine kritischen Punkte auf.  
 Es wird festgestellt, dass die Stadtgemeinde Bozen jedes Jahr mit der Gesellschaft die allgemeinen Ziele, die Führungs- und die Qualitätsziele vereinbart. Bei den allgemeinen Zielen, die mit Promemoria des Stadtrates genehmigt werden, wird immer die Festlegung von Zielen über die Führungseffizienz verlangt, deren Umsetzung bei der Genehmigung der Abschlussbilanz auch überprüft wird.  
 Es wird befunden, dass keine Rationalisierungsmaßnahmen notwendig sind.

Zu setzende Maßnahmen:

Beibehaltung ohne Rationalisierungsmaßnahmen.

(a): Die laufende Nr. angeben, die bereits im Arbeitsblatt "Bestandsaufnahme" angegeben wurde (02.01; 02.02).  
 (b): Die Bezeichnung der Gesellschaft angeben wie sie bereits im Arbeitsblatt "Bestandsaufnahme" angegeben wurde (02.01; 02.02).  
 (c): Die Art der Beteiligung angeben, wobei zu unterstellen ist, ob es sich um eine direkte Beteiligung, eine indirekte Beteiligung (über eine andere Gesellschaft/Einrichtung), oder aber um eine teils direkte und teils indirekte Beteiligung handelt.  
 (d): Die Tätigkeit angeben wie sie bereits im Arbeitsblatt "Bestandsaufnahme" angegeben wurde (02.01; 02.02).  
 (e): Die durchschnittliche Anzahl an Angestellten laut Art. 1 Abs. 5/bis angeben.  
 (f): Die Angabe laut Posten B9 der Gewinn- und Verlustrechnung (G+V) einfügen.  
 (g): Das Ergebnis des Geschäftsjahres abzüglich der Steuern anführen.

**03. VORAUSSETZUNGEN**

03.02. Voraussetzungen Art. 1 Abs. 5/bis LG 12/2007

**Fortlaufende Nr. beteil. Gesellschaft:**  (a)

**Bezeichnung der beteil. Gesellschaft:**  (b)

**Art der Beteiligung:**  (c)

**Durchgeführte Tätigkeit:**  (d)

Folgende Daten mit Bezug auf das Geschäftsjahr 2023 angeben:

Durchschnittliche Anzahl Angestellte (e)	49,00	
Anzahl Verwalterratsmitglieder	6	
davon von der Körperschaft ernannt	1	
Anzahl Mitglieder des Kontrollorgans	5	(2 Ersatzmitglieder)
davon von der Körperschaft ernannt	0	
Beträge in Euro		
<b>ERGEBNIS DES GESCHÄFTSJAHRES (g)</b>		
2023	-127.185,00	
2022	-191.241,00	
2021	200.637,00	
2020	-918.980,00	
2019	69.792,00	

Beträge in Euro	
<b>Kosten des Personals (f)</b>	2.282.695,00
Vergütung Verwalterratsmitglieder	65.512,00
Vergütung Mitglieder des Kontrollorgans	18.734,00

Beträge in Euro	
<b>UMSATZ (FATTURATO)</b>	
2023	9.896.888,00
2022	9.408.702,00
2021	9.594.458,00
<b>DURCHSCHN. UMSATZ (fatturato)</b>	<b>9.633.349,33</b>

Beiträge für laufende Ausgaben:

2023	77.027,00
2022	123.267,00
2021	4.819.474,00

**Vorhandensein der Bedingungen laut Art. 1 Abs. 5/bis LG 12/2007:**

- Die Beteiligung fällt in keine der Kategorien laut Art. 1 Abs. 4, 4/bis und 4/ter LG 12/2007 fallen (Art. 1 Abs. 5/bis Buchst. a LG 12/2007)
- Gesellschaft ohne Angestellte (die sich nur aus Verwaltern zusammensetzt) oder die sich aus einer höheren Anzahl an Verwaltern als Angestellten zusammensetzt (Art. 1 Abs. 5/bis Buchst. b LG 12/2007)
- Gesellschaft, die gleiche oder ähnliche Tätigkeiten wie andere beteiligte Gesellschaften oder Hilfskörperschaften ausübt (Art. 1 Abs. 5/bis Buchst. c LG 12/2007)

**Angeben welche Gesellschaften/Hilfskörperschaften**

- Durchschnittlicher Umsatz von nicht mehr als 1.000.000 Euro im vorhergehenden Dreijahreszeitraum (Art. 1 Abs. 5/bis Buchst. d LG 12/2007)
- Gesellschaft, die ein negatives Ergebnis in vier der letzten fünf Jahre erzielt hat (für Gesellschaften die keine Dienste von allgemeinem Interesse verwalten) (Art. 1 Abs. 5/bis Buchst. e LG 12/2007)
- Notwendigkeit der Eindämmung der Betriebskosten (Art. 1 Abs. 5/bis Buchst. f LG 12/2007)
- Notwendigkeit zur Eingliederung mit anderen Gesellschaften, die gemäß Art. 1 Abs. 4, 4/bis und 4/ter LG 12/2007 erlaubte Tätigkeiten zum Gegenstand haben (Art. 1 Abs. 5/bis Buchst. g LP 12/2007)

**Die Begründungen hinsichtlich des Vorhandenseins bzw. des Nicht-Vorhandenseins der Bedingungen laut der vorhergehenden Punkte angeben:**

Die Beteiligung zählt zu den Kategorien in Art. 1, Abs. 4/bis, Buchst. e) des L.G. 12/2007. Die dargelegten Daten zeigen, dass keine der Voraussetzungen in Art. 1, Abs. 5/bis des L.G. 12/2007 vorliegt, welche Rationalisierungsmaßnahmen notwendig machen würden (Voruntersuchung zu den Akten gelegt). Es wird befunden, dass keine Rationalisierungsmaßnahmen notwendig sind.

**Zu setzende Maßnahmen:**

Beibehaltung ohne Rationalisierungsmaßnahmen.

(a): Die fortlaufende Nr. angeben, die bereits im Arbeitsblatt "Bestandsaufnahme" angegeben wurde (02.01; 02.02).  
 (b): Die Bezeichnung der Gesellschaft angeben wie sie bereits im Arbeitsblatt "Bestandsaufnahme" angegeben wurde (02.01; 02.02).  
 (c): Die Art der Beteiligung angeben, wobei zu unterscheiden ist, ob es sich um eine direkte Beteiligung, eine indirekte Beteiligung (über eine andere Gesellschaft/Einrichtung), oder aber um eine teils direkte und teils indirekte Beteiligung handelt.  
 (d): Die Tätigkeit angeben wie sie bereits im Arbeitsblatt "Bestandsaufnahme" angegeben wurde (02.01; 02.02).  
 (e): Die durchschnittliche Anzahl an Angestellten laut Anhang zur Bilanz angeben.  
 (f): Die Angabe laut Posten 89 der Gewinn- und Verlustrechnung (G+V) einfügen.  
 (g): Das Ergebnis des Geschäftsjahres abzüglich der Steuern anführen.

**03. VORAUSSETZUNGEN**

03.02. Voraussetzungen Art. 1 Abs. 5/bis LG 12/2007

Fortlaufende Nr. beteil. Gesellschaft:  (a)

Bezeichnung der beteil. Gesellschaft:  (b)

Art der Beteiligung:  (c)

Durchgeführte Tätigkeit:  (d)

Folgende Daten mit Bezug auf das Geschäftsjahr 2023 angeben:

Durchschnittliche Anzahl Angestellte (e)	3,00
Anzahl Verwaltungsratsmitglieder	1
davon von der Körperschaft ernannt	1
Anzahl Mitglieder des Kontrollorgans	1
davon von der Körperschaft ernannt	1

Beträge in Euro	
Kosten des Personals (f)	187.308,00
Vergütung Verwaltungsratsmitglieder	13.000,00
Vergütung Mitglieder des Kontrollorgans	3.300,00

Beträge in Euro	
<b>ERGEBNIS DES GESCHAFTSJAHRES (g)</b>	
2023	42.077,00
2022	24.054,00
2021	30.216,00
2020	18.790,00
2019	77.476,00

Beträge in Euro	
<b>UMSATZ (FATTURATO)</b>	
2023	431.010,00
2022	413.399,00
2021	390.502,00
<b>DURCHSCHN. UMSATZ (Fatturato)</b>	<b>411.637,00</b>

Beträge für laufende Ausgaben:

2023	266.000,00
2022	244.787,00
2021	236.717,00

Vorhandensein der Bedingungen laut Art. 1 Abs. 5/bis LG 12/2007:

- Die Beteiligung fällt in keine der Kategorien laut Art. 1 Abs. 4, 4/bis und 4/ter LG 12/2007 fallen (Art. 1 Abs. 5/bis Buchst. a LG 12/2007)
- Gesellschaft ohne Angestellte (die sich nur aus Verwaltern zusammensetzt) oder die sich aus einer höheren Anzahl an Verwaltern als Angestellten zusammensetzt (Art. 1 Abs. 5/bis Buchst. b LG 12/2007)
- Gesellschaft, die gleiche oder ähnliche Tätigkeiten wie andere beteiligte Gesellschaften oder Hilfskörperschaften ausübt (Art. 1 Abs. 5/bis Buchst. c LG 12/2007)

Angeben welche Gesellschaften/Hilfskörperschaften

- Durchschnittlicher Umsatz von nicht mehr als 1.000.000 Euro im vorhergehenden Dreijahreszeitraum (Art. 1 Abs. 5/bis Buchst. d LG 12/2007)
- Gesellschaft, die ein negatives Ergebnis in vier der letzten fünf Jahre erzielt hat (für Gesellschaften die keine Dienste von allgemeinem Interesse verwalten) (Art. 1 Abs. 5/bis Buchst. e LG 12/2007)
- Notwendigkeit der Eindämmung der Betriebskosten (Art. 1 Abs. 5/bis Buchst. f LG 12/2007)
- Notwendigkeit zur Eingliederung mit anderen Gesellschaften, die gemäß Art. 1 Abs. 4, 4/bis und 4/ter LG 12/2007 erlaubte Tätigkeiten zum Gegenstand haben (Art. 1 Abs. 5/bis Buchst. g LP 12/2007)

Die Begründungen hinsichtlich des Vorhandenseins bzw. des Nicht-Vorhandenseins der Bedingungen laut der vorher-

Die Autonome Provinz Bozen hat aufgrund der Zuständigkeiten laut Autonomiestatut mit Verweis auf das GVD 175/2016 einige Kriterien abgeändert und neue Fristen für die Umsetzung festgelegt. Insbesondere wird auf die Absätze 4 ff von Art. 1 des L.G. 12/2007, vervollständigt durch Art. 12 des L.G. 27/2016, verwiesen. Der Absatz 5/quarter ermöglicht den Verwaltungen eine Abweichung von den Maximalwerten laut Absatz 5/bis, sofern sie ausreichend begründet sind. Dies vorausgeschickt, wird befunden, die 1919 gegründete Gesellschaft beizubehalten, da sie einen unerlässlichen Verbindungsdienst zwischen zwei Siedlungsgebieten in der Gemeinde Bozen bietet. Die Siedlung Kohlern liegt auf 1.000 m Höhe und ist im Winter nicht immer über die Straße erreichbar. Es gibt keinen anderen öffentlichen Transportdienst nach Kohlern. Der Seilbahndienst wird durch ein Landesgesetz geregelt und das beschäftigte Fachpersonal hat einen eigenen Arbeitsvertrag.

Nach Abschluss eines betriebsinternen Rationalisierungsverfahrens wurde die Kohlererbahn kürzlich in das Transportsystem "Südtirol Pass" von Südtirol Mobil aufgenommen, ein nach Tarifen gestaffeltes Transportsystem mit Landesbeiträgen.

Hinsichtlich der Eindämmung der Betriebskosten wird im Schreiben vom 12.11.2024, das in der Dienststelle für die Kontrolle der Gesellschaften mit Gemeindebeteiligung und konsolidierter Haushalt hinterlegt ist, hervorhebt, die Angemessenheit der strukturellen und organisatorischen Rahmenbedingungen des Unternehmens.

Die Bilanzdaten der vergangenen drei Jahre weisen ein positives Betriebsergebnis aus. Die Indizes der Bilanz, die im Bericht über die Entwicklung der Gesellschaft angeführt sind, weisen auch keine kritischen Punkte auf.

Es wird festgestellt, dass die Stadtgemeinde Bozen jedes Jahr mit der Gesellschaft die allgemeinen Ziele, die Führungs- und die Qualitätsziele vereinbart. Bei den allgemeinen Zielen, die mit Promemoria des Stadtrates genehmigt werden, wird immer die Festlegung von Zielen über die Führungseffizienz verlangt, deren Umsetzung bei der Genehmigung der Abschlussbilanz auch überprüft wird.

Zu setzende Maßnahmen:

Beibehaltung ohne Rationalisierungsmaßnahmen, trotz eines durchschnittlichen Umsatz weniger als 1.000.000 Euro im vorhergehenden Dreijahreszeitraum. Die Gründe sind in der obgenannte Begründung laut Art. 1 Abs 5/quarter L.G. 12/2007 angeführt.

- (a): Die fortlaufende Nr. angeben, die bereits im Arbeitsblatt "Bestandsaufnahme" angegeben wurde (02.01; 02.02).
- (b): Die Bezeichnung der Gesellschaft angeben wie sie bereits im Arbeitsblatt "Bestandsaufnahme" angegeben wurde (02.01; 02.02).
- (c): Die Art der Beteiligung angeben, wobei zu unterscheiden ist, ob es sich um eine direkte Beteiligung, eine indirekte Beteiligung (über eine andere Gesellschaft/Einrichtung), oder aber um eine teils direkte und teils indirekte Beteiligung handelt
- (d): Die Tätigkeit angeben wie sie bereits im Arbeitsblatt "Bestandsaufnahme" angegeben wurde (02.01; 02.02).
- (e): Die durchschnittliche Anzahl an Angestellten laut Anhang zur Bilanz angeben.
- (f): Die Angabe laut Posten B9 der Gewinn- und Verlustrechnung (G+V) einfügen.
- (g): Das Ergebnis des Geschäftsjahres abzüglich der Steuern angeben.

**03. VORAUSSETZUNGEN**

03.02. Voraussetzungen Art. 1 Abs. 5/bis LG 12/2007

Fortlaufende Nr. beteil. Gesellschaft:  (a)

Bezeichnung der beteil. Gesellschaft:  (b)

Art der Beteiligung:  (c)

Durchgeführte Tätigkeit:  (d)

Folgende Daten mit Bezug auf das Geschäftsjahr 2023 angeben:

Durchschnittliche Anzahl Angestellte (e)	532,08
Anzahl Verwaltungsratsmitglieder	5
davon von der Körperschaft ernannt	2
Anzahl Mitglieder des Kontrollorgans	5
davon von der Körperschaft ernannt	1

(2 Ersatzmitglieder)

Beträge in Euro

Kosten des Personals (f)	28.459.271,00
Vergütung Verwaltungsratsmitglieder	111.013,00
Vergütung Mitglieder des Kontrollorgans	57.780,00

Beträge in Euro

ERGEBNIS DES GESCHÄFTSJAHRES (g)	
2023	42.335,00
2022	510.471,00
2021	377.090,00
2020	7.820,00
2019	66.148,00

Beträge in Euro

UMSATZ (FATTURATO)	
2023	73.599.434,00
2022	67.935.190,00
2021	41.731.525,00
DURCHSCHN. UMSATZ (fatturato)	61.088.716,33

Beträge für laufende Ausgaben:

2023	0,00
2022	0,00
2021	0,00

Vorhandensein der Bedingungen laut Art. 1 Abs. 5/bis LG 12/2007:

- Die Beteiligung fällt in keine der Kategorien laut Art. 1 Abs. 4, 4/bis und 4/ter LG 12/2007 fallen (Art. 1 Abs. 5/bis Buchst. a LG 12/2007)
- Gesellschaft ohne Angestellte (die sich nur aus Verwaltern zusammensetzt) oder die sich aus einer höheren Anzahl an Verwaltern als Anstellten zusammensetzt (Art. 1 Abs. 5/bis Buchst. b LG 12/2007)
- Gesellschaft, die gleiche oder ähnliche Tätigkeiten wie andere beteiligte Gesellschaften oder Hilfskörperschaften ausübt (Art. 1 Abs. 5/bis Buchst. c LG 12/2007)

Angeben welche Gesellschaften/Hilfskörperschaften

- Durchschnittlicher Umsatz von nicht mehr als 1.000.000 Euro im vorhergehenden Dreijahreszeitraum (Art. 1 Abs. 5/bis Buchst. d LG 12/2007)
- Gesellschaft, die ein negatives Ergebnis in vier der letzten fünf Jahre erzielt hat (für Gesellschaften die keine Dienste von allgemeinem Interesse verwalten) (Art. 1 Abs. 5/bis Buchst. e LG 12/2007)
- Notwendigkeit der Eindämmung der Betriebskosten (Art. 1 Abs. 5/bis Buchst. f LG 12/2007)
- Notwendigkeit zur Eingliederung mit anderen Gesellschaften, die gemäß Art. 1 Abs. 4, 4/bis und 4/ter LG 12/2007 erlaubte Tätigkeiten zum Gegenstand haben (Art. 1 Abs. 5/bis Buchst. g LP 12/2007)

Die Begründungen hinsichtlich des Vorhandenseins bzw. des Nicht-Vorhandenseins der Bedingungen laut der vorhergehenden Punkte angeben:

Die tägliche Mobilität der Bevölkerung zu gewährleisten, ist zweifellos ein allgemeines Interesse, das mit den institutionellen Zielen der Stadtgemeinde Bozen, d.h. der kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung der Bevölkerung, kohärent ist. Die Beteiligung fällt daher unter die zulässigen Kategorien gemäß Art. 1 des L.G. 12/2007. Es liegen keine der Voraussetzungen in Art. 1, Abs. 5/bis des L.G. 12/2007 vor. Die Beteiligung muss daher keinen Rationalisierungsmaßnahmen unterworfen werden.

Die Bilanzen der letzten 3 Geschäftsjahre haben zudem ein positives Betriebsergebnis ausgewiesen, und die Indizes der Bilanz, die im Bericht über die Entwicklung der Gesellschaft angeführt sind, weisen auch keine kritischen Punkte auf.

Zu setzende Maßnahmen:

Beibehaltung ohne Rationalisierungsmaßnahmen.

(a): Die fortlaufende Nr. angeben, die bereits im Arbeitsblatt "Bestandsaufnahme" angegeben wurde (02.01; 02.02).  
 (b): Die Bezeichnung der Gesellschaft angeben wie sie bereits im Arbeitsblatt "Bestandsaufnahme" angegeben wurde (02.01; 02.02).  
 (c): Die Art der Beteiligung angeben, wobei zu unterscheiden ist, ob es sich um eine direkte Beteiligung, eine indirekte Beteiligung (über eine andere Gesellschaft/Einrichtung), oder aber um eine teils direkte und teils indirekte Beteiligung handelt.  
 (d): Die Tätigkeit angeben wie sie bereits im Arbeitsblatt "Bestandsaufnahme" angegeben wurde (02.01; 02.02).  
 (e): Die durchschnittliche Anzahl an Angestellten laut Anhang zur Bilanz angeben.  
 (f): Die Angabe laut Posten B9 der Gewinn- und Verlustrechnung (G+V) einfügen.  
 (g): Das Ergebnis des Geschäftsjahres abzüglich der Steuern angeben.

**03. VORAUSSETZUNGEN**

03.02. Voraussetzungen Art. 1 Abs. 5/bis LG 12/2007

**Fortlaufende Nr. beteil. Gesellschaft:**  (a)

**Bezeichnung der beteil. Gesellschaft:**  (b)

**Art der Beteiligung:**  (c)

**Durchgeführte Tätigkeit:**  (d)

Folgende Daten mit Bezug auf das Geschäftsjahr 2023 angeben:

Durchschnittliche Anzahl Angestellte (e)	286,00
Anzahl Verwaltungsratsmitglieder	5
davon von der Körperschaft ernannt	4
Anzahl Mitglieder des Kontrollorgans	5
davon von der Körperschaft ernannt	3

(2 Ersatzmitglieder)  
(2 effektive Mitglieder und 1 Ersatzmitglied)

<i>Beträge in Euro</i>	
Kosten des Personals (f)	15.066.132,00
Vergütung Verwaltungsratsmitglieder	39.812,00
Vergütung Mitglieder des Kontrollorgans	55.444,00

<i>Beträge in Euro</i>	
<b>ERGEBNIS DES GESCHÄFTSJAHRES (g)</b>	
2023	1.341.498,00
2022	498.404,00
2021	350.393,00
2020	-623.817,00
2019	328.993,00

<i>Beträge in Euro</i>	
<b>UMSATZ (FATTURATO)</b>	
2023	47.465.095,00
2022	45.687.887,00
2021	40.936.450,00
<b>DURCHSCHN. UMSATZ (fatturato)</b>	<b>44.696.477,33</b>

Beträge für laufende Ausgaben:

2023	231.993,00
2022	446.815,00
2021	43.239,00

**Vorhandensein der Bedingungen laut Art. 1 Abs. 5/bis LG 12/2007:**

- Die Beteiligung fällt in keine der Kategorien laut Art. 1 Abs. 4, 4/bis und 4/ter LG 12/2007 fallen (Art. 1 Abs. 5/bis Buchst. a LG 12/2007)
- Gesellschaft ohne Angestellte (die sich nur aus Verwaltern zusammensetzt) oder die sich aus einer höheren Anzahl an Verwaltern als Angestellten zusammensetzt (Art. 1 Abs. 5/bis Buchst. b LG 12/2007)
- Gesellschaft, die gleiche oder ähnliche Tätigkeiten wie andere beteiligte Gesellschaften oder Hilfskörperschaften ausübt (Art. 1 Abs. 5/bis Buchst. c LG 12/2007)

**Angaben welche Gesellschaften/Hilfskörperschaften**

- Durchschnittlicher Umsatz von nicht mehr als 1.000.000 Euro im vorhergehenden Dreijahreszeitraum (Art. 1 Abs. 5/bis Buchst. d LG 12/2007)
- Gesellschaft, die ein negatives Ergebnis in vier der letzten fünf Jahre erzielt hat (für Gesellschaften die keine Dienste von allgemeinem Interesse verwalten) (Art. 1 Abs. 5/bis Buchst. e LG 12/2007)
- Notwendigkeit der Eindämmung der Betriebskosten (Art. 1 Abs. 5/bis Buchst. f LG 12/2007)
- Notwendigkeit zur Eingliederung mit anderen Gesellschaften, die gemäß Art. 1 Abs. 4, 4/bis und 4/ter LG 12/2007 erlaubte Tätigkeiten zum Gegenstand haben (Art. 1 Abs. 5/bis Buchst. g LP 12/2007)

**Die Begründungen hinsichtlich des Vorhandenseins bzw. des Nicht-Vorhandenseins der Bedingungen laut der vorhergehenden Punkte angeben:**

Die Beteiligung fällt unter die zulässigen Kategorien und es besteht keine der Voraussetzungen in Art. 1, Abs. 5/bis des L.G. 12/2007. Daher sind keine Rationalisierungsmaßnahmen notwendig (Voruntersuchung zu den Akten gelegt).  
Die Indizes der Bilanz, die geprüft wurden, machen keine Maßnahmen für die Eindämmung der Kosten notwendig. Es wird festgestellt, dass die Stadtgemeinde Bozen jedes Jahr mit der Gesellschaft die allgemeinen Ziele, die Führungs- und die Qualitätsziele vereinbart. Bei den allgemeinen Zielen, die mit Promemoria des Stadtrates genehmigt werden, wird immer die Festlegung von Zielen über die Führungseffizienz verlangt, deren Umsetzung bei der Genehmigung der Abschlussbilanz des Bezugsjahres auch überprüft wird.

**Zu setzende Maßnahmen:**

Beibehaltung ohne Rationalisierungsmaßnahmen.

(a): Die fortlaufende Nr. angeben, die bereits im Arbeitsblatt "Bestandsaufnahme" angegeben wurde (02.01; 02.02).  
 (b): Die Bezeichnung der Gesellschaft angeben wie sie bereits im Arbeitsblatt "Bestandsaufnahme" angegeben wurde (02.01; 02.02).  
 (c): Die Art der Beteiligung angeben, wobei zu unterscheiden ist, ob es sich um eine direkte Beteiligung, eine indirekte Beteiligung (über eine andere Gesellschaft/Einrichtung), oder aber um eine teils direkte und teils indirekte Beteiligung handelt.  
 (d): Die Tätigkeit angeben wie sie bereits im Arbeitsblatt "Bestandsaufnahme" angegeben wurde (02.01; 02.02).  
 (e): Die durchschnittliche Anzahl an Angestellten laut Anhang zur Bilanz angeben.  
 (f): Die Angabe laut Posten B9 der Gewinn- und Verlustrechnung (G+V) einfügen.  
 (g): Das Ergebnis des Geschäftsjahres abzüglich der Steuern anführen.

**03. VORAUSSETZUNGEN**

03.02. Voraussetzungen Art. 1 Abs. 5/bis LG 12/2007

Fortlaufende Nr. betteil. Gesellschaft:  (a)

Bezeichnung der betteil. Gesellschaft:  (b)

Art der Beteiligung:  (c)

Durchgeführte Tätigkeit:  (d)

Folgende Daten mit Bezug auf das Geschäftsjahr 2023 angeben:

Durchschnittliche Anzahl Angestellte (e)	390,00
Anzahl Verwaltungsratsmitglieder	13
davon von der Körperschaft ernannt	0
Anzahl Mitglieder des Kontrollorgans	5
davon von der Körperschaft ernannt	0

(2 Ersatzmitglieder)

Beträge in Euro

Kosten des Personals (f)	17.741.436,00
Vergütung Verwaltungsratsmitglieder	362.855,00
Vergütung Mitglieder des Kontrollorgans	56.160,00

Beträge in Euro

ERGEBNIS DES GESCHÄFTSJAHRES (g)	
2023	5.065.448,00
2022	6.204.565,00
2021	5.967.195,00
2020	5.208.247,00
2019	5.066.826,00

Beträge in Euro

UMSATZ (FATTURATO)	
2023	392.422.720,00
2022	388.537.054,00
2021	370.832.416,00
DURCHSCHN. UMSATZ (fatturato)	383.930.730,00

Beträge für laufende Ausgaben:

2023	0,00
2022	0,00
2021	0,00

Vorhandensein der Bedingungen laut Art. 1 Abs. 5/bis LG 12/2007:

- Die Beteiligung fällt in keine der Kategorien laut Art. 1 Abs. 4, 4/bis und 4/ter LG 12/2007 fallen (Art. 1 Abs. 5/bis Buchst. a LG 12/2007)
- Gesellschaft ohne Angestellte (die sich nur aus Verwaltern zusammensetzt) oder die sich aus einer höheren Anzahl an Verwaltern als Angestellten zusammensetzt (Art. 1 Abs. 5/bis Buchst. b LG 12/2007)
- Gesellschaft, die gleiche oder ähnliche Tätigkeiten wie andere beteiligte Gesellschaften oder Hilfskörperschaften ausübt (Art. 1 Abs. 5/bis Buchst. c LG 12/2007)

Angeben welche Gesellschaften/Hilfskörperschaften

- Durchschnittlicher Umsatz von nicht mehr als 1.000.000 Euro im vorhergehenden Dreijahreszeitraum (Art. 1 Abs. 5/bis Buchst. d LG 12/2007)
- Gesellschaft, die ein negatives Ergebnis in vier der letzten fünf Jahre erzielt hat (für Gesellschaften die keine Dienste von allgemeinem Interesse verwalten) (Art. 1 Abs. 5/bis Buchst. e LG 12/2007)
- Notwendigkeit der Eindämmung der Betriebskosten (Art. 1 Abs. 5/bis Buchst. f LG 12/2007)
- Notwendigkeit zur Eingliederung mit anderen Gesellschaften, die gemäß Art. 1 Abs. 4, 4/bis und 4/ter LG 12/2007 erlaubte Tätigkeiten zum Gegenstand haben (Art. 1 Abs. 5/bis Buchst. g LP 12/2007)

Die Begründungen hinsichtlich des Vorhandenseins bzw. des Nicht-Vorhandenseins der Bedingungen laut der vorhergehenden Punkte angeben:

Die Beteiligung fällt unter die zulässigen Kategorien gemäß Art. 1 des L.G. 12/2007. Es besteht keine der Voraussetzungen in Art. 1, Abs. 5/bis des L.G. 12/2007. Daher sind keine Rationalisierungsmaßnahmen notwendig. Hinsichtlich der Betriebskosten wird festgestellt, dass im vergangenen Dreijahreszeitraum die Indizes der Bilanz keine kritischen Aspekte aufweisen und dass immer ein positives Betriebsergebnis erzielt worden ist.

Zu setzende Maßnahmen:

Beibehaltung ohne Rationalisierungsmaßnahmen.

(a): Die fortlaufende Nr. angeben, die bereits im Arbeitsblatt "Bestandsaufnahme" angegeben wurde (02.01; 02.02).  
 (b): Die Bezeichnung der Gesellschaft angeben wie sie bereits im Arbeitsblatt "Bestandsaufnahme" angegeben wurde (02.01; 02.02).  
 (c): Die Art der Beteiligung angeben, wobei zu unterscheiden ist, ob es sich um eine direkte Beteiligung, eine indirekte Beteiligung (über eine andere Gesellschaft/Einrichtung), oder aber um eine teils direkte und teils indirekte Beteiligung handelt.  
 (d): Die Tätigkeit angeben wie sie bereits im Arbeitsblatt "Bestandsaufnahme" angegeben wurde (02.01; 02.02).  
 (e): Die durchschnittliche Anzahl an Angestellten laut Anhang zur Bilanz angeben.  
 (f): Die Angabe laut Posten B9 der Gewinn- und Verlustrechnung (G+V) einfügen.  
 (g): Das Ergebnis des Geschäftsjahres abzüglich der Steuern anführen.

**04. BEIHALTUNG OHNE RATIONALISIERUNGSMABNAHMEN**

Fortlaufende Nr.	Bezeichnung der Gesellschaft	Art der Beteiligung	Durchgeführte Tätigkeit	% Beteiligungsquote	Begründungen der Entscheidung
A	B	C	D	E	F
Dir_1	Alperia AG	Direkte Beteiligung	Holdinggesellschaft mit Bezug auf Produktion, Verteilung, Ankauf und Verkauf von Strom und Gas	21,00	Es handelt sich um eine notierte Gesellschaft, die gemäß Art. 1 Abs. 8 den Vorschriften L.G. 12/2007 nicht unterliegt.
Dir_2	Südtiroler Einzugsdienste AG	Direkte Beteiligung	Unternehmen für die Eintreibung von Steuern	4,10	Die Gesellschaft erbringt eine Dienstleistung von allgemeinem Interesse gemäß Art. 1 Abs. 4/bis Buchstabe a) L.G. 12/2007. Die Bedingungen laut Art. 1 Abs. 5/bis L.G. 12/2007 sind nicht vorhanden.
Dir_3	Areal Bozen - ABZ GmbH	Direkte Beteiligung	Ausarbeitung eines Planes zur Gesamtgestaltung des Bahnhofsgrundstückes Bozen	50,00	Die Gesellschaft zählt zu den Kategorien gemäß Art. 4 und 4/bis des LG 12/2007 und Art. 4 des TUSP (Einheitstextes der Gesetze über Gesellschaften mit öffentlicher Beteiligung), da die Gesellschaft eine öffentliche Einrichtung auf der Grundlage einer programmatischen Vereinbarung verwirklicht. Es wird auf die spezifischen Begründungen im Blatt 3.2 (03) verwiesen.
Dir_4	Brennerautobahn AG	Direkte Beteiligung	Führung der Autobahn Brennero - Verona - Modena	4,23	Die Beteiligung ist gemäß Art. 1 Abs 4 und 4/bis L.G. Die Bedingungen laut Art. 1 Abs. 5/bis L.G. 12/2007 sind nicht vorhanden.
Dir_5	Banca Popolare Etica Gen AG	Direkte Beteiligung	Annahme von Spareinlagen und Ausübung von Kreditaktivitäten	0,0032	Die Beteiligung ist gemäß Art. 1 Abs 4 und 4/bis L.G. und Art. 4 GvD 175/2016. Insbesondere vorsieht Art. 4 Abs. 9-ter GvD 175/2016 "unbeschadet der Möglichkeit öffentlicher Verwaltungen, Beteiligungen an ethischen und nachhaltigen Finanzbanken zu erwerben oder zu halten, die jedoch höchstens 1 Prozent des Grundkapitals überschreiten". Die Beteiligung der Stadtgemeinde Bozen ist niedriger als 1%. Die Bedingungen laut weder Art. 1 Abs. 5/bis L.G. 12/2007 noch Art. 20 GvD 175/2016 sind nicht vorhanden.
DIR_6	Südtiroler Gemeindenverband Genossenschaft	Direkte Beteiligung	beratende und betreuende Tätigkeit für die Gemeinden der Provinz Bozen und die Bezirksgemeinschaften	0,813	Die Tätigkeit der Genossenschaft fällt unter den zulässigen Kategorien gemäß Art. 1 Abs. 4/bis L.G. 12/2007. Die Bedingungen laut Art. 1 Abs. 5/bis L.G. 12/2007 sind nicht vorhanden.
Dir_7	Eco Center AG	Direkte Beteiligung	Bau, An- und Verkauf, Instandhaltung und Verwaltung von Anlagen und Dienstleistungen auf dem Gebiet des Umweltschutzes, sowie jene andere Initiative die einen wirksamen Umweltschutz zum Ziele hat	43,86	Die Beteiligung ist gemäß Art. 1 Abs. 4 und 4/bis L.G. 12/2007. Die Bedingungen laut Art. 1 Abs. 5/bis L.G. 12/2007 sind nicht vorhanden.
Dir_8	Messe Bozen AG	Direkte Beteiligung	Betrieb eines Ausstellungs- Kongress und Messezentrums und von Dienstleistungen zur Förderung der Vermarktung von Gütern und Dienstleistungen auf Lokaler, nationaler und internationaler Ebene.	4,63	L.G. 12/2007 Art. 1 Abs. 4/bis Buchstabe e) erlaubt die Beteiligung in Gesellschaften "die als vorwiegenden Gesellschaftszweck die Schaffung und Führung von Messeflächen und die Organisation von Messeevents haben". Die Bedingungen laut Art. 1 Abs. 5/bis L.G. 12/2007 sind nicht vorhanden.
Dir_9	Kohlererseilbahn GmbH	Direkte Beteiligung	Führung der Seilbahnanlage	100	Die Gesellschaft zählt zu den Kategorien gemäß Art. 4 und 4/bis des LG 12/2007. Es wird auf die spezifischen Begründungen im Blatt 3.2 (09) verwiesen.
Dir_10	SASA - Städtischer Autobus Service AG	Direkte Beteiligung	Öffentlicher Personenverkehr im städtischen und außerstädtischen Bereich	43,85	Die Beteiligung ist gemäß Art. 1 Abs. 4 und 4/bis L.G. 12/2007. Die Bedingungen laut Art. 1 Abs. 5/bis L.G. 12/2007 sind nicht vorhanden.
Dir_11	SEAB Energie-Umweltbetriebe Bozen AG	Direkte Beteiligung	Tätigkeiten im Energie-, Umwelt-, Telematik- und Datenverarbeitungsbereich, einschließlich Müllabfuhr und -entsorgung	99	Die Beteiligung ist gemäß Art. 1 Abs. 4 und 4/bis L.G. 12/2007. Die Bedingungen laut Art. 1 Abs. 5/bis L.G. 12/2007 sind nicht vorhanden.
Dir_12	Unifarm AG	Direkte Beteiligung	Großhandel mit Medikamenten und anderen rezeptfreien Apothekenartikeln	1,33	Die Beteiligung ist gemäß Art. 1 Abs. 4 und 4/bis L.G. 12/2007. Die Bedingungen laut weder Art. 1 Abs. 5/bis L.G. 12/2007 sind nicht vorhanden.

Spalte A: Eine fortlaufende Nr. die bereits im Arbeitsblatt "Bestandsaufnahme" angegeben wurde (02.01; 02.02).

Spalte B: Die Bezeichnung der Gesellschaft angeben wie sie bereits im Arbeitsblatt "Bestandsaufnahme" angegeben wurde (02.01; 02.02).

Spalte C: Die Art der Beteiligung angeben, wobei zu unterscheiden ist, ob es sich um eine direkte Beteiligung, eine indirekte Beteiligung (über eine andere Gesellschaft/Einrichtung), oder aber um eine teils direkte und teils indirekte Beteiligung handelt.

Spalte D: Die Tätigkeit angeben wie sie bereits im Arbeitsblatt "Bestandsaufnahme" angegeben wurde (02.01; 02.02).

Spalte E: Die gesamte Beteiligungsquote der Verwaltung angeben, indem die direkten Quoten (02.01 Spalte E) und indirekten Quoten (02.02 Spalte G) summiert werden.

Spalte F: I.S. des Art. 1 Abs. 5 LG 12/2007 den/die Begründung/en hinsichtlich der Entscheidung über die Beibehaltung der Beteiligung ohne Rationalisierungsmaßnahme. Zu diesem Zweck ist das Vorhandensein der im Arbeitsblatt 03.01 angegebenen Voraussetzungen anzugeben (Unerlässlichkeit der Gesellschaft für die Zwecke der Körperschaft und Ausübung seitens derselben einer der erlaubten Tätigkeiten des Art. 1 Abs. 4, 4bis und 4 ter LG 12/2007). Im Fall von Tätigkeiten die lokale öffentliche Dienstleistungen betreffen, sind die Gründe des ökonomischen/wirtschaftlichen Vorteils der Erbringung der Dienstleistung über diese Gesellschaft anstatt in anderer Form (direkte Erbringung; Sonderbetrieb, usw.) und der Tragfähigkeit der Entscheidung unter dem Blickpunkt Kostenvorteile für die Körperschaft anzugeben. Mit Bezug auf die Voraussetzungen/Bedingungen laut Arbeitsblatt 03.02 ist ausdrücklich zu erklären, dass die dort angeführten Bedingungen nicht vorliegen und dies ist auch zu begründen. In Bezug auf die wirtschaftlich relevanten öffentlichen Dienste für Nutzerkreise ist es erforderlich nachzuweisen dass eine Eingliederung mit anderen Gesellschaften, die im gleichen Sektor tätig sind, nicht erforderlich ist und zudem, dass die Gesellschaft Dienstleistungen erbringt, die nicht zu jenen gehören, die mittels "Ente di Governo d'Ambito" zu erbringen/beauftragen sind.



## **05. RATIONALISIERUNGSMABNAHMEN**

05.01. Kosteneindämmung

**Fortlaufende Nr. beteil. Gesellschaft:**  (a)      **gehaltene Beteiligungsquote:**  (b)

**Bezeichnung der beteil. Gesellschaft:**  (c)

**Art der Beteiligung:**  (d)

**Durchgeführte Tätigkeit:**  (e)

*Beschreibung der geplanten Kosteneindämmungs-Maßnahmen*

*Begründungen angeben:*

*Umsetzungsmodalitäten angeben:*

*Den geschätzten Zeitplan angeben:*

*Eine Einschätzung der erwarteten Einsparungen anführen:*

**(a):** Eine fortlaufende Nr. die bereits im Arbeitsblatt "Bestandsaufnahme" angegeben wurde (02.01; 02.02).

**(b):** Die gesamte Beteiligungsquote der Verwaltung angeben, indem die direkten Quoten (02.01 Spalte E) und indirekten Quoten (02.02 Spalte G) summiert werden.

**(c):** Die Bezeichnung der Gesellschaft angeben wie sie bereits im Arbeitsblatt "Bestandsaufnahme" angegeben wurde (02.01; 02.02).

**(d):** Die Art der Beteiligung angeben, wobei zu unterscheiden ist, ob es sich um eine direkte Beteiligung, eine indirekte Beteiligung (über eine andere Gesellschaft/Einrichtung), oder aber um eine teils direkte und teils indirekte Beteiligung handelt

**(e):** Die Tätigkeit angeben wie sie bereits im Arbeitsblatt "Bestandsaufnahme" angegeben wurde (02.01; 02.02).

## **05. RATIONALISIERUNGSMABNAHMEN**

05.02. Abtretung/Verkauf Quoten

Fortlaufende Nr. beteil. Gesellschaft:  (a)      gehaltene Beteiligungsquote:  (b)

Bezeichnung der beteil. Gesellschaft:  (c)      abzutretende/zu verkaufende Beteiligungsquote:  (d)

Art der Beteiligung:  (e)

Durchgeführte Tätigkeit:  (f)

Die Begründung der Entscheidung auswählen/anführen:

(g)

Falls "anderes" gewählt/angegeben wurde, ist dies zu präzisieren:

Weitere Details zu den Begründungen der Entscheidung anführen:

Die Umsetzungsmodalitäten der Abtretung/des Verkaufs angeben:

Den geschätzten Zeitplan für den Abschluss der Abtretung/des Verkaufs angeben:

Eine Einschätzung der erwarteten Einsparungen anführen:

(a): Eine fortlaufende Nr. die bereits im Arbeitsblatt "Bestandsaufnahme" angegeben wurde (02.01; 02.02).

(b): Die gesamte Beteiligungsquote der Verwaltung angeben, indem die direkten Quoten (02.01 Spalte E) und indirekten Quoten (02.02 Spalte G) summiert werden.

(c): Die Bezeichnung der Gesellschaft angeben wie sie bereits im Arbeitsblatt "Bestandsaufnahme" angegeben wurde (02.01; 02.02).

(d): Die Beteiligungsquote angeben, die abgetreten/verkauft werden soll.

(e): Die Art der Beteiligung angeben, wobei zu unterscheiden ist, ob es sich um eine direkte Beteiligung, eine indirekte Beteiligung (über eine andere Gesellschaft/Einrichtung), oder aber um eine teils direkte und teils indirekte Beteiligung handelt

(f): Die Tätigkeit angeben wie sie bereits im Arbeitsblatt "Bestandsaufnahme" angegeben wurde (02.01; 02.02).

(g): Vgl. Blatt 6. "Anhang\_Begründungen".

## **05. RATIONALISIERUNGSMABNAHMEN**

05.03. Liquidation

**Fortlaufende Nr. beteil. Gesellschaft:**  (a)      **gehaltene Beteiligungsquote:**  (b)

**Bezeichnung der beteil. Gesellschaft:**  (c)

**Art der Beteiligung:**  (d)

**Durchgeführte Tätigkeit:**  (e)

*Die Begründung der Entscheidung auswählen/anführen:*

(f)

*Falls "anderes" gewählt/angegeben wurde, ist dies zu präzisieren:*

*Weitere Details zu den Begründungen der Entscheidung anführen:*

*Die Umsetzungsmodalitäten der Liquidation angeben:*

*Den geschätzten Zeitplan für den Abschluss des Verfahrens angeben:*

*Eine Einschätzung der erwarteten Einsparungen anführen:*

**(a):** Eine fortlaufende Nr. die bereits im Arbeitsblatt "Bestandsaufnahme" angegeben wurde (02.01; 02.02).

**(b):** Die gesamte Beteiligungsquote der Verwaltung angeben, indem die direkten Quoten (02.01 Spalte E) und indirekten Quoten (02.02 Spalte G) summiert werden.

**(c):** Die Bezeichnung der Gesellschaft angeben wie sie bereits im Arbeitsblatt "Bestandsaufnahme" angegeben wurde (02.01; 02.02).

**(d):** Die Art der Beteiligung angeben, wobei zu unterscheiden ist, ob es sich um eine direkte Beteiligung, eine indirekte Beteiligung (über eine andere Gesellschaft/Einrichtung), oder aber um eine teils direkte und teils indirekte Beteiligung handelt

**(f):** Die Tätigkeit angeben wie sie bereits im Arbeitsblatt "Bestandsaufnahme" angegeben wurde (02.01; 02.02).

**(g):** Vgl. Blatt 6. "Anhang\_Begründungen".

## **05. RATIONALISIERUNGSMABNAHMEN**

05.04. Verschmelzung/Aufnahme

Fortlaufende Nr. beteil. Gesellschaft:  (a)

gehaltene Beteiligungsquote:  (b)

Bezeichnung der beteil. Gesellschaft:  (c)

Art der Beteiligung:  (d)

Durchgeführte Tätigkeit:  (e)

*Die Begründung der Entscheidung auswählen/anführen:*

(f)

*Falls "anderes" gewählt/angegeben wurde, ist dies zu präzisieren:*

*Weitere Details zu den Begründungen der Entscheidung anführen:*

*Die Umsetzungsmodalitäten der außerordentlichen Operation angeben:*

*Den geschätzten Zeitplan für den Abschluss der Operation angeben:*

*Eine Einschätzung der erwarteten Einsparungen anführen:*

**(a):** Eine fortlaufende Nr. die bereits im Arbeitsblatt "Bestandsaufnahme" angegeben wurde (02.01; 02.02).

**(b):** Die gesamte Beteiligungsquote der Verwaltung angeben, indem die direkten Quoten (02.01 Spalte E) und indirekten Quoten (02.02 Spalte G) summiert werden.

**(c):** Die Bezeichnung der Gesellschaft angeben wie sie bereits im Arbeitsblatt "Bestandsaufnahme" angegeben wurde (02.01; 02.02).

**(d):** Indicare il tipo di partecipazione distinguendo i casi in cui la società sia partecipata direttamente, indirettamente (tramite altra società/organismo), ovvero in parte direttamente e in parte indirettamente.

**(e):** Die Tätigkeit angeben wie sie bereits im Arbeitsblatt "Bestandsaufnahme" angegeben wurde (02.01; 02.02).  
**(f):** Vgl. Blatt 6. "Anhang\_Begründungen".

## **05. RATIONALISIERUNGSMABNAHMEN**

### 05.05. Zusammenfassung

<b>Rationalisierungs- maßnahme</b>	<b>Fortlaufende Nr.</b>	<b>Bezeichnung der Gesellschaft</b>	<b>% Beteiligungs- quote</b>	<b>Zeitplan für die Umsetzung der Maßnahmen</b>	<b>Erwartete Einsparungen (Betrag)</b>
Kosteneindämmung					
Abtretung/Verkauf Quoten					
Liquidation					
Verschmelzung/ Aufnahme					

## **06. AUFLISTUNG BEGRÜNDUNGEN ARBEITSBLÄTTER 05.02, 05.03 UND 05.04**

Blatt 05.02: Abtretung/Verkauf Quoten

In der "Zelle" wo die Begründungen der Entscheidung angeführt werden müssen, kann zwischen folgenden Optionen gewählt werden:

- Internalisierung der von der Gesellschaft durchgeführten Tätigkeiten
- Entscheidung den Dienst in alternativer Form zu verwalten/zu führen
- Eingetretene Änderung in der Führung/Verwaltung der Gesellschaft, die von der Körperschaft nicht geteilt bzw. mitgetragen wird
- Nicht aktive oder nicht mehr operative Gesellschaft
- Die Gesellschaft ist nicht erforderlich um die Zwecke/Zielsetzungen der Körperschaft zu verfolgen
- Gesellschaft, die sich nur aus Verwaltern oder aus einer geringeren Zahl von Angestellten als Verwaltern zusammensetzt
- Gesellschaft, die im vorhergehenden Dreijahreszeitraum einen durchschnittlichen Umsatz von nicht mehr als 1 Million Euro erzielt hat
- Wiederkehrende Verluste
- anhaltender Liquiditätsmangel
- Gesellschaft, die gleiche oder ähnliche Tätigkeiten ausübt wie andere Einrichtungen an denen die Körperschaft beteiligt ist
- Anderes (zu präzisieren)

Blatt 05.03: Liquidation

In der "Zelle" wo die Begründungen der Entscheidung angeführt werden müssen, kann zwischen folgenden Optionen gewählt werden:

- Internalisierung der von der Gesellschaft durchgeführten Tätigkeiten
- Entscheidung den Dienst in alternativer Form zu verwalten/zu führen
- Eingetretene Änderung in der Führung/Verwaltung der Gesellschaft, die von der Körperschaft nicht geteilt bzw. mitgetragen wird
- Nicht aktive oder nicht mehr operative Gesellschaft
- Die Gesellschaft ist nicht erforderlich um die Zwecke/Zielsetzungen der Körperschaft zu verfolgen
- Gesellschaft, die sich nur aus Verwaltern oder aus einer geringeren Zahl von Angestellten als Verwaltern zusammensetzt
- Gesellschaft, die im vorhergehenden Dreijahreszeitraum einen durchschnittlichen Umsatz von nicht mehr als 1 Million Euro erzielt hat
- Wiederkehrende Verluste
- anhaltender Liquiditätsmangel
- Gesellschaft, die gleiche oder ähnliche Tätigkeiten ausübt wie andere Einrichtungen an denen die Körperschaft beteiligt ist
- Anderes (zu präzisieren)

Blatt 05.04: Verschmelzung/Aufnahme

In der "Zelle" wo die Begründungen der Entscheidung angeführt werden müssen, kann zwischen folgenden Optionen gewählt werden:

- Durchführung von Tätigkeiten die gleich oder ergänzend zu jenen sind, die im Projekt zur Verschmelzung/Aufnahme beteiligt sind
- Eingliederung von Gesellschaften für die Erbringung von wirtschaftlich relevanten lokalen öffentlichen Dienstleistungen
- Reduzierung/Eindämmung der Betriebskosten (inkl. jener der Verwalter und der internen Revisionsorgane) oder der Produktionskosten von Gütern und Diensten
- Ausgleich allfälliger finanzieller und/oder ökonomischer Ungleichgewichte die bereits vor der Verschmelzung/Aufnahme bestanden haben
- Realisierung von Größenvorteilen und anderen Synergien für die Integration der aufeinanderfolgenden Produktionsphasen von Gütern und Diensten und/oder für die bessere Verwendung der Anlagen, der Ausrüstungen und des *Know-how's*
- Anderes (zu präzisieren)